

Volkswille

(Oberschlesische Freie Presse)

Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Agitationsbezirk Oberschlesien.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Gleiwitz O.S., Schützenstr. 5. Fernsprecher 294.
Postfachkonto 33643

Mittwoch den 4. August 1920.

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Zeile mm 35 Pfg.
im Restameil 2.50 M.
Abonnementspreis: Monatlich 5.00 M.

Internationale Kriegsabwehr der Bergarbeiter

Die 2. Internationale

Gegen das Urteil in der Schuldfrage.

Berlin, 3. August. Die Resolution des mit der Untersuchung der Kriegsschuldfrage beauftragten Ausschusses des Genfer Sozialistenkongresses fand nicht die Billigung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese hatte nach Genf folgendes Telegramm gerichtet: „Fraktionsvorstand, halte die Zustimmung der deutschen Delegierten zum Genfer Ausschuss, Antrag unmöglich, da Archive der anderen Länder nicht geöffnet worden sind, und deshalb solche Urteile über die Schuldfrage ganz einseitig und ungerecht wären.“

Inzwischen ist aus Genf hierher gelangt, daß die Genfer Vertreter der Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu einem Ausgleichsantrag verweigert haben. Der ursprünglich allein als Vertreter der Deutschen in Genf anwesende Dr. Braun, hatte dem Antrag unter der Bedingung zugestimmt, daß die noch nicht anwesenden deutschen Vertreter ebenfalls ihre Zustimmung geben würden. Diese ist nun verweigert worden.

Zu der Eröffnung der zweiten Internationale in Genf erfährt die „Telegraphen-Union“ noch folgende Einzelheiten:

Mandate eingereicht haben bis jetzt die englische Labour Party, und Generalfachkongress, sowie Fabier, ferner aus den englischen Besitzungen ein Australier und ein Neuseeländer, 12 deutsche Mehrheitssozialisten, 8 Schweden, ferner Belgier, Holländer, die russischen Sozialrevolutionäre mit je 4 Delegierten sowie die Georgier, deren Delegation Tretelli führt und zwei Delegierte aus Aserbeidschan. Die französische Sozialistenpartei hat 10 Delegierte entsandt. Ueber ihre Zulassung wird voraussichtlich das Plenum entscheiden müssen. Schließlich sind die Schweizer mit 8 Delegierten des Mittelvereins und Ungarn mit 2 Delegierten vertreten. Die Kommission für die Einheit der Internationale hat Sonnabend mittag dem vom Sekretariat vorgelegten Satzungsentwurf zugestimmt und wird eine dauernde Kommission zur Verhandlung mit den sozialistischen Parteien vorschlagen, die sich jetzt von der zweiten Internationale fernhalten. Die Kommission für die Kriegsschuldfrage hat eine Unterkommission eingeseht, die sich auf eine Entscheidung einigen soll. Mitglieder dieser Unterkommission sind: van Kol-Holland, Rozier-Frankreich, Engberg-Schweden, Braun-Deutschland, la Fontaine-Belgien und Gill-England. Die Einigung wird als wahrscheinlich betrachtet. Die dritte Kommission hat sich geteilt: eine Unterkommission für die Sozialisierungsfrage wird eine Entscheidung vorlegen, die für Sozialisierung Strich für Strich eintritt. Die andere Kommission für die politische Verfallungsfrage wird sich voraussichtlich für das wirtschaftliche Räteystem in der Industrie und gegen die politische Räteidiktatur aussprechen.

Die Eröffnung des Bergarbeiterkongresses

Genf, 2. August. Der Bergarbeiterkongress wurde gestern hier mit 160 Vertretern aller Länder eröffnet. Den Vorsitz führte der Engländer Smillie, der in seiner Eröffnungsrede sofort betonte, der Kongress muß eine Aktion der Bergarbeiter gegen den Krieg ermöglichen. Er stellte dabei die bereits von belgischer Seite aufgeworfene Frage an die deutschen Delegierten, ob sie sich verpflichten wollten, in einem Zusatz zu den Statuten zu erklären, daß im Falle eines Krieges die Arbeit niedergelegt würde. Falls die deutschen Delegierten eine solche Erklärung abzugeben bereit seien, würde der internationale Bergarbeiterkongress den Beschluß fassen, daß im Kriegsfall der Generallstreik in allen Ländern einzutreten habe. Sie erklärte, er und die in Genf weilenden deutschen Delegierten, seien persönlich bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Diese Frage sei jedoch von großer politischer Tragweite. Käme ein solcher Beschluß heute zustande, so müßten sofort die Konventionen getragen werden. Polen steht gegenwärtig im Kriegs gegen Rußland, und auch die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich sei immer noch sehr groß.

Angeichts der Wichtigkeit der Frage schlage er deshalb vor, die Generalstreikdebatte einem Ausschuss zu überweisen. Ueber diesen Antrag wird heute abgestimmt werden.

Zusammenstoß mit französischen Truppen in Erfurt

Berlin, 2. August. In Erfurt ist es in den letzten Tagen mehrfach zu Zusammenstößen zwischen den deutschen Eisenbahnbeamten und Militärtransporten der Entente gekommen, da die dortigen Eisenbahner jeden aus dem Westen kommenden Transport anhalten und untersuchen. Am letzten Sonnabend erfolgte ein Zusammenstoß mit französischer Infanterie, der sehr scharfe Formen annahm. Gegen 5 Uhr nachmittags kam aus Köln ein Transportzug, in dem eine Kompanie französischer Soldaten untergebracht war. Außerdem befand sich in diesem Zuge ein plomberierter Wagon, dem zwei englische Militärpersonen als Bewachung beigegeben waren. Der Ueberwachungsausschuss der Erfurter Eisenbahner ließ den Zug auf ein totes Gleis fahren und begann mit Hilfe des Dolmetschers, der den Transport begleitete, mit dem Transportführer zu verhandeln. Die Eisenbahner teilten den Franzosen ihren Beschluß mit, keinerlei Militärtransporte zu befördern, die nach Polen bestimmt seien. Der französische Transportführer verlangte den Bahnhofsvorsteher zu sprechen, doch wurde ihm erklärt, daß auch die Anordnungen des Vorstehers an dem Beschluß des Eisenbahnverbandes nichts ändern könnten. Darauf versuchte der französische Offizier, die Weiterfahrt mit Gewalt zu erzwingen. Er ließ den Zugführer und den Heizer festnehmen und die Kompanie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen schußfertig gemacht wurden.

Dieses Vorgehen löste unter den deutschen Beamten große Empörung aus. Während ein

großer Teil der Eisenbahner flüchtete, blieben einige Unerschrockene zurück, die dem vorliegenden französischen Offizier in scharfer Weise entgegentraten. Dies hatte den Erfolg, daß die Franzosen die Waffen zusammenstellten. Der französische Offizier erklärte sich nun auch bereit, über Art und Zusammensetzung, sowie über den Zweck seines Transportes Auskunft zu geben. Er zeigte die für seinen Transport ausgestellten Eisenbahnscheine, auf denen angegeben war, daß es sich um eine Abteilung von 160 französischen Urlaubern handele, die sich auf der Rückfahrt zu ihrem Truppenteil in Oberschlesien befänden. Auf die Einwendung der deutschen Eisenbahner, daß es doch nicht läßlich sei, die Urlauber mit Waffen in die Heimat zu schicken, erklärte der Offizier, daß dies neuerdings auf Befehl der französischen Militärbehörde geschehe. Nach stundenlanger Beratung wurde dem französischen Transportzug die Weiterfahrt gestattet.

Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die von dem Offizier vorgezeigten Transportausweise weder den Stempel der deutschen Grenzstation, noch den der Poststation trugen. Aus diesem Grunde werden die Eisenbahnergewerkschaften beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung von Transporten herbeizuführen.

Bedeutungslose Unterbrechung des polnischen Rückzuges

Berlin, 2. August. Der Rückzug der Polen ist in den letzten Tagen immer mehr in regellose Flucht ausgeartet, hat sich aber gestern Abend an der Bissa verzögert. Die Bissa ist ein kleiner Fluß, der in den moorischen Seen in der Gegend von Johannisburg entspringt und bei Nowgorod in den Narew mündet. Die Ufer sind lumpig und schwer zu passieren. Hier haben die Polen Halt gemacht und stehen am Narew bis nach Ostrolenka. Der polnische Widerstand ist darauf

zurückzuführen, daß die ersten größeren polnischen Freiwilligenverbände an die Front gelangt sind. Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß dieser Widerstand nicht sehr bedeutungsvoll ist. Die Masse der bolschewistischen Infanterie, die den ersten Kavalleriepatrouillen nachgerückt ist, befindet sich schon in der Höhe von Lomza und bewegt sich, unterstützt vom Zentrum und der Reiterei des Generals Budjenny auf Warschau zu.

London, 2. August. „Evening Standard“ meldet, daß 8000 bolschewistische Reiter an einem Punkte halbwegs zwischen Grodno und Warschau eingetroffen sind. Die Blätter erkennen den Ernst der Lage an.

Kraffin in London

London, 2. August. „Evening Standard“ meldet, daß Kraffin und Kamenew in London eingetroffen sind. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen wichtige Entscheidungen in den englisch-russischen Beziehungen getroffen werden.

Der Kampf um Danzigs Neutralität

Danzig, 3. August. Wie zu erwarten war, hat die Danziger Eisenbahnorganisation als Gegenmaßnahmen gegen die Sperrung der Lebensmitteltransporte nach Danzig durch die polnischen Transportarbeiter in Aussicht genommen, Güterverkehr und Lebensmitteltransporte aus dem Freistaat Polen zu verhindern. Die Entladung des Munitionsdampfers „Triton“ sei inzwischen durch englische Soldaten geschehen. Die Hafenarbeiter sollen sich erst heute über die Frage der Munitionstransporte schlüssig werden.

Das unmögliche Reichswehrgesetz

Im Reichstag ist am Freitag die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr die alte Armee endgültig begraden worden. Die Vertreter der Rechten haben tränenreiche Klagegesänge angestimmt, aber es wäre falsch, dahinter nur sentimentale Gefühlsausbrüche zu vermuten. So weich sind unsere Reaktionäre nicht. Wenn sie noch einmal den Geist des alten Militarismus in allen Farben bewaltigender Belustigung erstahlen lassen, so arbeiten sie bereits tatkräftig daran, diesen Geist möglichst unverändert auf die neue Soldatenarmee der Republik zu übertragen. In diesem Sinne bedeutet die Vorlage eines neuen Reichswehrgesetzes für sie einen durchschlagenden Erfolg.

Der Inhalt des neuen Heeresgesetzes bestätigt vollkommen, was die bisher in die Öffentlichkeit durchgesickerten Einzelheiten nur allzu sehr befürchten ließen, daß nämlich dieser Entwurf ein Erzeugnis der vollkommensten reaktionär-militaristischen Geistesrichtung ist. Nachdem wir den Entwurf von A bis Z durchgesehen hatten, fragten wir uns vergeblich, was denn wohl eigentlich hätte anders aussehen können, wenn das Gesetz unter den gleichen früheren Umständen (Vertrag von Versailles, Abkommen von Spa) von einem Ministerium Wilhelms II. ausgearbeitet worden wäre. Das Ergebnis der Ueberlegung war immer wieder das gleiche: in diesem Entwurf ist auch keine Spur der Latsche zu entdecken, daß wir am 9. November 1918 einen vollkommenen Umschwung der politischen Verhältnisse erlebt haben. Urreaktionärer Geist durchzieht den Entwurf von Anfang bis Schluß.

Die ersten Paragraphen des Entwurfs über die Gliederung der Wehrmacht sind durch Versailles und Spa vorgezeichnet. Ueber die Befehlsgewalt sagt der § 7: „Die Befehlshührung liegt ausschließlich in der Hand der geordneten Vorgesetzten.“ Die höchsten Vorgesetzten sind der Chef der Heeresleitung und der Chef der Admiralität, die beide wiederum dem Reichsverminister unterstellt sind. Von einem eventuellen Eingreifen der zivilen Reichskommissare, wie es sich nach den Kapp-Tagen als sehr notwendig erwie-

sen hat, sagt der ganze Entwurf kein Wort, ein solches soll offenbar in Zukunft unmöglich sein. Ebenso wird von dem Vertrauen der Männer ersten Ranges nur einmal in ganz ominös angedeutender Weise gesprochen. „Vertrauensmänner bei allen Formationen bis zu den Zentralbehörden“, so lautet ein im § 11 stehendes Satzfragment. Wie sie zustande kommen, ob gewählt oder ernannt, welche Rechte ihnen zustehen, darüber schweigt sich der Entwurf völlig aus.

Auch die im § 8 vorgegebene Heeres- und Marinekammer ist ein ziemlich werloses Dekorationsstück. Sie ist eine lediglich beratende und begutachtende Körperschaft und untersteht dem Chef der Heeresleitung bezw. dem Chef der Admiralität. Welchen Wert diese Institution hat, mag am besten daraus erkannt werden, daß die jetzt schon bestehende Kammer zu der Beratung des Reichswehrgesetzes überhaupt nicht hinzugezogen worden ist!

Der zweite Abschnitt des Gesetzes führt den Namen „Landmannschaft“ und sucht partikularistische Wünsche zu befriedigen, indem er den Einzelstaaten den Schein eines „eigenen“ Militärs gibt. Das Wesentliche in dem Abschnitt ist jedoch, daß der Reichsverminister berechtigt ist, die Entsendung von Truppenteilen aus einem Lande des Reiches nach einem anderen anzuordnen. Nur wenn diese Entsendung länger als sechs Monate dauert, ist die Zustimmung der betreffenden Landesregierung erforderlich, aber sie ist nicht auszusprechen, da sie im Weigerungsfall durch die Zustimmung des Reichspräsidenten ersetzt werden kann (§ 14).

Nach § 15 ist die Reichswehr verpflichtet, bei öffentlichen Notständen und zu politischen Zwecken die Behörden der Länder zu unterstützen, wenn die eigenen Kräfte der anfordernden Behörden nicht ausreichen. Ist aber einmal die Reichswehr zu Hilfe gerufen, dann bestimmt über die zur Erreichung des Zwecks erforderlichen militärischen Maßnahmen allein der militärische Befehlshaber unter eigener Verantwortung. Mit der Inanspruchnahme der Reichswehr gibt also der Landesbehörde jede Einwirkung auf die

Art und den Charakter des Vorgehens aus der Hand. Diese Reichswehrdiktatur in Notfällen erscheint als höchst bedenkliche Maßnahme, nachdem wir Dinge wie Meißnerfeld und ähnliches erlebt haben.

Der dritte Absatz handelt von den „Rechten und Pflichten der Reichswehrangehörigen“. Auch hier ist vieles, wie die Länge der Dienstzeit, bereits durch den Friedensvertrag vorgezeichnet. Sie betraut für Mannschaften bekanntlich zwölf Jahre. Interessant ist, daß sich unter den Gründen, zu denen die Regierung vor Ablauf der Zeit den Vertrag lösen kann, auch folgender befindet (§ 19 Ziffer 1b):

Wenn der Verpflichtete nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für den militärischen Dienst nötige körperliche Eignung nicht mehr besitzt.

Das ist eine Rautschaufbestimmung ersten Ranges und ein Sebel zu Mißregelungen „Mißbelobiger“, wie man es sich schlimmer gar nicht denken kann. Die Gefährlichkeit der Bestimmung wird durch ein sehr fragwürdiges Einspruchsrecht nach § 20 gemildert. Höchst bedenklich ist auch ferner, daß außer den im Gesetz aufgeführten Ausschlussgründen noch weitere durch Ausführungsbestimmungen festgelegt werden können.

Bei den Offizieren gibt es noch einen besonderen Entlassungsgrund vor Ablauf der Dienstzeit: auf Einvernehmung Landeshauptmanns der Lehrberufskammer. Hier ist der einzige Punkt, wo die Wehrkammer sachliche Bedeutung hat. Aber zu welchem Zweck? Sie dient dazu, die bestmöglichen Ehrengerichte durch eine Interim in das Gesetz hineinzuschmuggeln. Und auf diese reaktionäre Reminiscenz in § 23 haucht gleich noch ein paar weitere: „Vorschläge zum Tragen einer Uniform für Verabfolgebete“ (§ 23) und in § 29 der bestmögliche Geiratskonsens:

Die Angehörigen der Wehrmacht bedürfen der Genehmigung ihrer Vorgesetzten:
a) zur Verheiratung,
b) zum Betreiben eines Gewerbes für sich und für die bei ihnen im Dienstgebäude wohnenden Hausstandsmitglieder. Auch eine nicht gewerbetrie-

Deutscher Reichstag

15. Sitzung, Sonnabend, den 31. Juli 1920.

Nebenbeschäftigung kann den Angehörigen der Wehrmacht unterzogen werden, wenn hieron eine Beeinträchtigung ihrer dienstlichen Leistungen zu besorgen ist. Für die Beamten bleibt im übrigen die Bestimmung des Paragraphen 16 A. G. U. unberührt.

Die weitere Angehörigkeit des § 29, den Heeresangehörigen der Wehrmacht nicht nur der Betrieb eines Gewerbes verboten werden, sondern auch eine nichtgewerbliche Nebenbeschäftigung den Angehörigen der Wehrmacht untersagt werden kann, wenn hieron eine Beeinträchtigung ihrer dienstlichen Leistungen zu besorgen ist, hat eine Handhabung geschaffen, um mißliebige Funktionen von Berufsorganisationen falkzustellen, soweit eine solche Handhabung nach § 32 überhaupt noch nötig ist.

Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten, sie dürfen sich untereinander auch zu nichtpolitischen Zwecken nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln oder vereinen.

Das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reiche, in den Ländern und in den Gemeinden ruht für den Soldaten.

Dieser § 32 stellt den reaktionären Höhepunkt dar. Er hebt das Vereins- und Versammlungsrecht der Mannschaften völlig auf, verbietet jede Teilnahme an politischen Vereinigungen und macht die an nichtpolitischen Vereinigungen von der in jedem Falle einzuholenden Genehmigung der Vorgesetzten abhängig. Und nun kann nach § 29 auch noch jeder Besondere, Schriftführer, Kassierer einer genehmigten Vereinigung zur Amtsniederlegung gezwungen werden, wenn man eine „Beeinträchtigung seiner dienstlichen Leistungen“ fürchtet, was regelmäßig dann eintreten wird, wenn die Tätigkeit nach ihrem Inhalt nicht den Beifall der Vorgesetzten findet.

Aber nicht nur geistig, sondern auch in ihren materiellen Ansprüchen werden die Mannschaften der Willkür preisgegeben. Zwar ist ihnen für ihre Ansprüche nach Beendigung der Dienstzeit ein Rechtsweg eingeräumt, aber dieses „Rechtsverfahren“ ist genau dem des Mannschaftsversorgungsgesetzes von 1906 nachgebildet, gegen das die Kriegsbefehlshaber des alten Heeres einen erbitterten und erfolgreichen Kampf geführt haben. Aber für die Soldaten des neuen Heeres wird der alte Widerspruch wieder eingeführt. Der entlassene Soldat darf den Klageweg erst nach Erschöpfung aller militärischen Instanzen beschreiten. Dann ist das Landgericht mit seinem Einwirkungsanspruch und der damit verbundenen großen Kosten zuständig. Aber gerade die wesentlichen Punkte sind der richterlichen Beurteilung entzogen. Das Zivilgericht hat nicht die Berechtigung, die Entscheidung der militärischen Dienststellen darüber nachzuprüfen, ob Dienstunbrauchbarkeit oder „mangelnde Eignung“ vorliegt, oder ob von einer nichtgewerblichen Nebenbeschäftigung eine Beeinträchtigung der dienstlichen Leistungen zu besorgen ist! Also gerade die Punkte, die wir als Haupthebel reaktionärer Willkür hervorheben, sind der richterlichen Nachprüfung entzogen! Damit wird das Gerichtsverfahren zur reinen Farce.

Das wären die hauptsächlichsten — bei weitem nicht alle Mängel des Gesetzes. Von der Verleumdung auf die Republik und von der Traueidenschaft gegen diese enthält das Reichswehrgesetz natürlich kein Sterbenswort!

Wie ganz anders sieht dagegen das deutsch-österreichische Heeresgesetz aus. Hier ahnen neben der Pflicht des Soldaten ungehindert dessen Rechte und Freiheiten. Diesem Gesetz merkt man es an, daß es Männer ausgearbeitet haben, die die Bindung eines durch die Revolution geläuterten Volkes kennen und sie achten. Es seien nur zwei Paragraphen hervorgehoben, aber sie genügen, um den gewaltigen Unterschied zwischen dem deutschen und dem deutsch-österreichischen Heeresgesetz zu kennzeichnen:

§ 26. Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten. Als Einrichtungs des Staates ist das Heer von jeder parteipolitischen Betätigung und Verwendung unbedingt fernzuhalten.

Die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten kommen den Heeresangehörigen im selben Umfange zu wie den andern Staatsbürgern. Die Vorgesetzten haben dafür zu sorgen, daß die Heeresangehörigen die staatsbürgerlichen Rechte nach Maßgabe des Dienstes ungehindert ausüben können.

Im Dienst ist auch der einzelnen Heeresangehörigen jede parteipolitische Betätigung untersagt. Die Abhaltung politischer Versammlungen in den Unterkunftsräumen der Heeresangehörigen und in den Kasernenhöfen ist verboten.

§ 27. Wahlrecht. Die Ausübung des Wahlrechtes für die verfassungsmäßigen Vertretungskörper ist den Heeresangehörigen unter allen Umständen zu ermöglichen.

Bewirbt sich ein Heeresangehöriger um das Mandat eines Abgeordneten für einen verfassungsmäßigen Vertretungskörper, so ist er von Amtswegen bis nach vollzogener Wahl zu beurlauben.

Nicht einmal das Wort Republik oder Freistaat kommt in dem deutschen Entwurf vor, für den ein demokratischer Reichswehrminister — allerdings Herr Gehler! — verantwortlich zeichnet.

Die Verabschiedung des Gesetzes mag mit Rücksicht auf die Beschlüsse von Spaa dringend sein, aber dieser Gesichtspunkt darf die Sozialdemokratie in keinem Fall davon abhalten, mit aller Macht auf eine völlige Umgestaltung dieses reaktionären Machtwerkes hinzuwirken. Die militärische Pflanzstätte ist besonders folgendermaßen: Wel unter dem Druck der Entente die Verabschiedung des Gesetzes dringend geworden ist, ist der Reichstag einfach gezwungen, es in jeder ihm vorgelegten Form zu schließen! Die Partei aber muß sich darüber klar sein, daß dieser Gesetzentwurf die völlige Auslieferung der Reichswehr an die Reaktion und die Ausrottung der letzten republikanischen Reste in ihr bedeutet.

Zu dieser Gestalt darf das Gesetz nicht angenommen werden!

Am Regierungstisch: Koch.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr, 20 Min.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichswehrministeriums Gröner, wonach den Wünschen des Reichstages entsprechend ein Ausschuß zur Prüfung der technischen und finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen eingesetzt worden ist. Ihm sollen neben Verkehrsachtsverordnungen 12 Reichstagsabgeordnete und 12 Mitglieder des Reichswirtschaftsrates angehören.

Die Entwaffnung der Bevölkerung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Danach sind alle Militärwaffen bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Dasselbe gilt für die Munition.

Reichsminister des Innern Koch: Zu dieser Vorlage sind wir durch das Abkommen von Spaa verpflichtet. Wir können diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke durchgeführt wird. Das viele Waffen noch im Besitze der Bevölkerung sind, kann auch nicht schlagensweise abgenommen werden. General von Seelitz hat in Spaa eine Auffstellung übergeben, wonach in unbesetzten Händen sich noch etwa 1,1 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer befinden. Die Zahlen zutreffend sind, läßt sich nicht sagen. Die Ablieferung kann nur Erfolg haben, wenn das ganze Volk dabei mitwirkt. Neben den gesetzlichen Maßnahmen wird daher auch eine weitgehende Aufklärung des Volkes notwendig sein. Die Entwaffnung selbst kann nur durch das Reich und nicht durch die Länder durchgeführt werden. Die Durchführung muß in den Händen einer zivilen Behörde liegen. Es soll daher ein Reichskommissar für diesen Zweck eingesetzt werden, der völlig unparteiisch vorgehen soll. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der Gegenpartei abwarten. Dieses Material muß besichtigt werden. Die Aktion soll daher so unpolitisch wie möglich durchgeführt werden. (Lachen der U.-Soz.)

Herr L. U. (Soz.): Wir haben gegen den Gesetzentwurf die größten Bedenken. Er muß in einer gründlichen Kommissionsberatung noch wesentliche Verbesserungen erfahren, wenn wir ihn zustimmen sollen. Das Gesetz muß dazu führen, daß sich Waffen nur noch in den Händen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei befinden. Der Minister ist im Recht, wenn er glaubt, daß die Polizei, die Ausschüsse hegen, nicht mehr viele Waffen in Händen haben. Wir haben die allergrößten Bedenken gegen die Einwohnereinheiten und die in Bildung begriffenen Selbstschutzverbände. Die letzteren werden schon dadurch genügend gekennzeichnet, daß sie das Werk des reaktionären bayerischen Fortritts und Hauptmanns a. D. Gierich sind. Nach den Aussagen sind sie zwar parteipolitisch neutral, aber ihre Führer sind bereits vom Geiste des Herrn gegen die Paragraphen 128 und 129 des Strafgesetzbuches. Ich verlange von der Regierung Antwort auf die Frage, ob auch diese Selbstschutzverbände unter die Wohltätigen des Paragraphen 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes fallen. Die Selbstschutzverbände haben beabsichtigt, sich einer Entwaffnung mit Gewalt zu widersetzen und sie finden dabei die Unterstützung des Wehrfreikommandos. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr will es ja sogar auf einen Bruch mit dem Reiche ankommen lassen, um unter allen Umständen die Entwaffnung zu verhindern. In Ostpreußen sollen die Selbstschutzverbände mit Zustimmung der Reichswehr unter Leitung von Offizieren, die aus der Sicherheitswehr entlassen werden mußten, weil sie in bezug auf die republikanische Verfassung nicht zuverlässig waren. Der mit der Entwaffnung betraute Reichskommissar muß ein durchaus zuverlässiger unparteilicher Mann sein. Auf keinen Fall darf dazu ein früherer Offizier verwendet werden. Die jetzt im Entwurf zugelassenen Ausnahmen müssen verschwinden. Angesichts der großen Waffenlager, die noch überall auf den Gütern vorhanden sind, müssen die Strafbestimmungen bedeutend verhärtet werden. Es darf auch nicht vor der Vermögenskonfiskation zurückgeschreckt werden. Nur, wenn die Vorlage gründlich umgestaltet wird, können wir ihr zustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Herr E. (Soz.): Heber die Frage, wo die Waffen sind, besteht anscheinend auch heute noch in der Regierung nicht die richtige Vorstellung. Wir bedauern, daß immer noch die Regierungsjournalisten das Spiebelmaterial über rote Armeen umflänblich hinwegnehmen. Wir können ihnen jederzeit nachweisen, daß die Arbeiterklasse in keiner Weise mit großen Waffennengen versehen ist, daß aber im Gegenteil die Konterrevolution mehr als genug Waffen hat. Auch im Ruhrgebiet haben wir die Waffen erst von der Einwohnereinheit und Bürgerwehr uns holen müssen, wir selbst hatten keine. Wenn später einige Waffen in den Händen der Arbeiter waren, so steht das in keinem Zusammenhang mit irgend einer politischen Partei. Die deutsche Wirtschaftshilfe ist eine Organisation, die seit Jahr und Tag systematisch Unwahrheiten in Deutschland verbreitet mit der Absicht, die wirklichen Waffenschätze zu verdecken indem sie handelt wie der Spitzhube, der schreit, halbet den Dieb! Auf Grund dieser Schwindelorganisation werden die tollsten Nachrichten in die Öffentlichkeit gesetzt, um sie gegen die Arbeiter aufzubringen, und dagegen schreibt natürlich der Herr Reichsminister des Innern nicht ein. Begahrt wird diese Schwindelorganisation, so weit wir unterrichtet sind, von Herrn Stinnes und anderen Großindustriellen, was wir auch verstehen können, da sie so tüchtig im Dienste der Konterrevolution arbeiten. Redner verliest einige besonders tolle Schwindelnachrichten. Es geht nicht, daß man hier eine Vorlage einreicht, die sich gegen Teile der Bevölkerung richtet, und auf der anderen Seite unternimmt man nichts um die reaktionären Formationen, die Einwohnereinheiten und die zeitweiligen usw. endlich aufzulösen. Nicht nur die Einwohnereinheiten haben Waffen verborgen, sondern die Reichswehr selbst fabriziert die Entwaffnung. Die ganzen landwirtschaftlichen Kreise sind mit Waffenlagern überhäuft und diese Waffenlager werden heute noch fortgesetzt. Noch dazu mit Mannschaften und Munition. Die angeblich aufgelösten Freikorps sind, gar nicht aufgelöst. Sie sind in Lager oder auf dem Lande untergebracht und können jederzeit das Heer der Reaktion von 200 auf 400 000 und mehr erhöhen. Redner führt auch hierzu einige Beispiele an, z. B. das Detachement Hoffmann. Dieses Gesetz wird ganz Deutschland zu einer Spindelorganisation machen, geleitet von einem Direktor mit einer großen Anzahl Unterdirektoren, das

auf. Wir sind durchaus für die Gesamtentwaffnung der Bevölkerung, aber nur im Verein mit der Arbeiterschaft, mit dem gesamten Proletariat. Der Reichswehrminister Gehler hat nie etwas getan, um die Entwaffnung der Konterrevolution vorzunehmen, er ist nur ein ziviles Dekretationsbüro seiner Militärs. Sein Geist scheint von Seelitz umnebelt zu sein. Wenn es unter Seelitz schon schlimm war, so ist es heute noch viel mal mehr schlimmer. Auf Grund all dieser Tatsachen sind wir der Meinung, daß dieses Gesetz nicht angenommen werden kann, wir stimmen jedoch für die Ueberweisung an einen Ausschuß, aus dem hoffentlich ein anderes Produkt hervorgeht. (Beifall bei den U. Soz.)

Der bayerische Gesandte v. Preger weist die Angriffe gegen den bayerischen Hauptmann Gierich, den Organisator der bayerischen Einwohnereinheiten zurück und betont, daß die Einwohnereinheit nur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig sei.

Die bayerische Regierung wird sich nicht weigern, die Einwohnereinheiten zu entwaffnen. Die gegenteilige Äußerung des Ministerpräsidenten von Kahr ist bereits demontiert. (Beifall und Widerspruch.)

Herr Dr. Köstler (D. Nat.): Eine rote Armee egerziert fast tagtäglich unter den Augen der Bevölkerung hier auf dem Tempelhofer Feld. (Lachen links.) Wir waren stolz auf unseren Generalstab und das Ausland hat nur geglaubt, weil es vorurteillos, unserem Vorbild nachzukommen. Herr Ernst gibt selber zu, daß sich Waffen in den Kreisen seiner Partei befinden. Wo befinden sich denn die Waffen der roten Armee? Abgeliefert sind sie noch nicht! Die Offiziere, die Kapp folgten, haben nur ihr Recht gesucht. Wenn man uns nicht verteidigen kann gegen Gorden von Verbrechen, dann muß man uns gefassen, uns selbst zu verteidigen. Das Gesetz droht Vermögenskonfiskation an, es trifft also nicht die Arbeiter und nicht die Unruhestifter, sondern diejenigen, welche die Ruhe aufrechtzuerhalten wollen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.)

Herr Dr. Haas (Dem.): Die Unabhängigen haben damals zu unserem Schaden viel zu früh gerufen: Der Vertrag von Versailles muß untergraben werden! Da dürfen sie auch nicht jetzt dieses Gesetz bekämpfen, das zur Durchführung des Vertrages notwendig ist. Die Waffen gehören nur in die Hände der staatlich anerkannten Organisationen. Die Unabhängigen sind selbst an der Bildung der Einwohnereinheiten schuld. Erst veranlassen sie Demonstrationen und nachher haben sie die Waffen nicht mehr in der Hand. Die Novemberrevolution brach über uns herein wie ein Gewittersturm, und die Herren von rechts haben es uns gedankt, daß wir denn wieder für Ordnung sorgten. Der Kapp-Putsch führte eine ruhige Aufwärtsentwicklung ohne Grund. (Sehr richtig! links.)

Herr Frau Zetkin (K. P. D.): Dieser Entwurf will nur die deutschen Arbeiter wehrlos machen, nachdem sie schon wehrlos sind. Er bedeutet eine völlige Militärdiktatur gegen die Arbeiter. Gegen die Entscheidung des künftigen Diktats gibt es keine Zukunft, denn die Reichsregierung ist ja mit ihm einverstanden. Es heie den Teufel mit Besen ausstreuen, wenn man der Bourgeoisie die Entwaffnung überläßt. Es kommt vor allen Dingen darauf an, wie das Gesetz durchgeführt wird und wer es durchführt. Und die Spuren sprechen das deutsche Proletariat, denn sie weisen seit dem 8. Dezember 1918 ins Lager der Gegenrevolution. Die feierlichen Abkommen von Versailles und Münster wurden schändlich gebrochen, während die Kappverbrecher bis heute noch im großen Ganzen straffrei ausgegangen sind. Wer von den Arbeitern noch aus der Kriegszeit einen Karabiner oder ein Gewehr hatte, der wurde mit den allerschwersten Strafen belegt, während man nie davon etwas hörte, daß die Herren Gutsbesitzer, bei denen Millionenlager gefunden wurden, auch nur im geringsten zur Verantwortung gezogen wurden. Wenn hier gesagt wird, es dürften sich in der Bevölkerung keinerlei Waffen befinden, so sage ich, die Staatsgewalt bietet keine Bürgschaft dafür, daß sie ihre Waffen nicht gegen die Arbeiterschaft richtet. Solange diese kapitalistische Regierung, dieser Klassenstaat besteht, trotz seines demokratischen Aussehens. Wir sind dafür, daß das Gesetz erst einer genauen Kommissionsberatung unterzogen wird, wenn wir uns auch vom Resultat nichts versprechen. Aber es muß dort festgesetzt werden, daß die Waffen nicht beim Proletariat sind, sondern bei der Gegenrevolution. Dieses Gesetz ist ein Parteilich internationaler Gegenrevolution und nicht der internationalen Verteidigung. (Lobhafter Beifall links.)

Herr Gildemeister (Str.): Wir sind ja gezwungen, dieses Gesetz einzubringen, gezwungen durch das Wort der Entente. Deshalb entfällt auch die Unterstellung als ob es sich um einen Anschlag gegen eine bestimmte Volksklasse handle. Rein objektiv betrachtet, ist das Gesetz eine Selbstverleumdung. (Beifall im Zentrum.)

Der Präsident ruft nachträglich auf Grund des stenographischen Protokolls die Abg. Keppler und Wolf (Soz.) zur Ordnung.

Herr Unterleutner (U. Soz.): Die Ausführungen des Gesandten von Preger fordern den schärfsten Widerspruch heraus. Wenn er sagt, die bayerische Regierung ist gewillt, die Entwaffnung durchzuführen, so habe ich und meine Partei dazu berechtigten Zweifel. Wir glauben dem Ministerpräsidenten von Kahr, der nicht nur einmal Unwahrheiten gesagt hat, nicht, daß er dieses Versprechen hält. Wenn ein solcher Beamter einmal seinen Treueid bricht, wenn er an Besprechungen teilnimmt, die zum Sturz seiner vorgelegten Minister führen sollen, (Inbaucende Anrede. Zurufe: Inerhörl!), das ist unschön, daß er als damaliger Untergebener des Ministers Entens an dessen Sturz mitgearbeitet hat und nur durch eine Revolte des Ministers selbst Minister geworden ist. — Dann hat man zu einem solchen Manne nicht mehr das Vertrauen, daß er seine Worte hält. Leichtfertig hat Herr von Kahr Gerüchte über Rinzschwaffnungen in die Welt gesetzt gegen sein besseres Wissen. Er stützt sich auf die Reaktion, auf die Einwohnereinheiten und auf all jene Kreise, die der Herr Minister des Innern nicht entwaffnen wird. Er wird auch die Waffen nicht finden, die schon heute in großen Mengen nach Tirol verschoben werden. (Hört! hört!) Oder in fast jeder Schube versteckt sind. Es liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern des ganzen Reiches, daß gerade in Bayern die Entwaffnung streng und gerecht durchgeführt wird. (Beifall bei den U. Soz.) — Wenn bei den Bürgerlichen)

bayerisches Mitglied des Reichsrates G. a. m. in Widerspruch unter dauernder Anrede der Unabhängigen

gen den Ausführungen des Abg. Unterleutner. (U. Soz.) Ganz besonders tritt er dem Angriff auf die Person des Herrn von Kahr entgegen und betont, daß Bayern auf dem Wege der Sozialrevolution unter unveränderter Treue zum Reiche fortzuschreiten werde. (Beifall und Widerspruch.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Bei Nichterfüllung des Abkommens von Spaa erfolgt der Einmarsch der Entente. Da sollte das Parlament sich zusammenfinden, um auf allen Seiten die Waffen heranzuzubolen. I. u. a. i. ter Rechten wir auf der linken Seite es noch nicht. Ohne Ausnahme nur mungen geht es nicht, denn das Reich ist ein Landeskstaat und ich habe keine Möglichkeit, gegen die preussischen Behörden vorzugehen. Die Selbstschutzorganisation wird unter Kontrolle der Reichsregierung stehen, wir werden uns da nicht auf das Militär verlassen. (Beifall.)

Herr Simon (U. Soz.): Die Regierung Kahr ist durch einen Staatsstreich zur Herrschaft gelangt, das hat Minister Wirth in der ersten Sitzung nach dem Kapp-Putsch hier festgestellt. (Laute Rufe rechts: Das ist nicht wahr!) Nachträglich ist sie allerdings durch die Wahlen legitimiert. Hoffmann ist nur unter militärischem Druck zurückgetreten. In der Einwohnereinheit befanden sich keine Arbeiter mehr, seitdem sie eingesetzt haben, welche politischen Ziele sie verfolgt. Die Einwohnereinheit ruft künstlich Unruhe hervor, indem sie Verhaftungen vornimmt, die zu Demonstrationen führen müssen. Zur Mäteszeit in München war Unterleutner gar nicht Minister. Wir haben uns damals verboten, die Mäteskatur in München durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, aber das hat die Regierung abgelehnt. (Hört! hört!)

Herr Gruber (Soz.): Herr v. Kahr ist ja nur eine Marionette in den Händen anderer. General Wöhl hat seiner Zeit zivilisatorische Gewalt für sich gefordert, sonst wollte er nicht die Verantwortung für die Sicherheit der Minister tragen. Hoffmann wehrte sich, aber seine Kollegen entschieden gegen ihn und gaben die Staatsgewalt aus den Händen. Das war ein unerhörter Gewaltakt gegen die bayerische Verfassung. (Sehr richtig! links.) Ich warne den Minister des Innern. Ich traue der bayerischen Regierung nicht. Nicht, weil sie böswillig ist, sie hat ja keinen eigenen Willen. Denn v. Kahr ist nur ein Plahhalter für Dr. Heim oder einen andern. Dr. Heim ist ein schlaues Fuchs, der immer sein Mißi nachweisen wird. (Heiterkeit.) Vizepräsident Dr. Bell bittet den Redner, nicht zu weit abzuschweifen.

Herr Gruber (fortfahrend): Das Vertrauen des Ministers Koch zur bayerischen Regierung ist geradezu gefährlich. In Bayern werden sehr einseitig die sozialdemokratischen Mitglieder der Einwohnereinheiten entworfen und herausgeworfen.

Herr Schwarzer (Bayer. Sp.): Die Angriffe gegen Heim sind unbegründet. Kahr ist durchaus zuverlässig. Hoffmann ist aus eigenem Willen gegangen. (Lachen links.)

Herr Eckardt (U. Soz.): Bei der Entwaffnung Braunschweigs brauchte man kein solches Gesetz, sondern rüde mit gewaltiger Truppenmacht ein. So würde die Regierung wieder verschafen, wenn sie glaubte, daß die Arbeiterschaft noch Waffen hat. Jetzt zwingt die Entente die Regierung zur Entwaffnung ihrer eigenen Leute, die z. B. in Braunschweig von der Reichswehr noch Gewehre für 75 Pfennig erhalten haben. Die kann man durch das Gesetz auch nicht zur Ablieferung zwingen. Wir werden sehen, ob wir bei unseren Bemühen die Waffen restlos zu erfassen, die Unterstützung der Regierung finden. (Wabst! bei den U. Soz.)

Herr Stratzmann (D. Sp.) wendet sich dagegen, daß die innerpolitischen bayerischen Angelegenheiten vor den Reichstag gebracht werden.

Bayer. Minister G. a. m. tritt verschiedenen Ausführungen des Abg. Unterleutner entgegen.

Reichsminister des Innern Koch: Der Reichstag hat durchaus das Recht, sich mit dem verfassungsmäßigen Zustandekommen der bayerischen Regierung zu befassen. (Sehr richtig!)

Die Vorlage wird der Ausschußberatung überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über Ergänzung des Artikels 178 der Reichsverfassung (Selbstland). Die dritte Beratung wird auf Dienstag vertagt.

Es folgt der Rest des Not-Stats, beginnend mit dem Haushalt des Reichspostministeriums.

Herr Frau Zieg (U. Soz.): Der Entschluß des Postministeriums über die Beamtenauschüsse hat bei den Beamten den größten Zorn hervorgerufen. Bei der Wahl ist das Dreiklassenwahlrecht eingeführt worden. Die Ausschüsse müssen nach unserer Meinung in gemeinsamen Wahlgang geschaffen werden. Das Ministerium handelt aber nach dem Grundatz, teile und herrsche. Dadurch soll das elchhafte Strebertum gefördert werden. Bei der Einordnung in die Besoldungsordnung sind viele Beamte unzureichend behandelt worden. Die Besoldungsordnungen sind viel günstiger als die des Reiches. — Ich rühle mich die Reichsbeamten bequatselt. Es war von uns ein Antrag eingebracht worden, der die Benachteiligung der einzelnen Beamten ausgleicht, die durch die Einrichtung in die verschiedenen Beamtenkategorien entstanden waren und zur endgültigen Regelung Vorstöße verlangt. Auch dieser Antrag befugte nur etwas ganz Selbstverständliches und trotzdem wurde er im Hauptauschluß gegen die beiden sozialistischen Parteien abgelehnt. Wir sind der Meinung, daß der Staat verpflichtet ist, seinen Arbeitern und Beamten mindestens das Existenzminimum zu gewähren. (Sehr richtig!) Man kann dabei nicht die Arbeiter im Privatbetrieb ausbilden gegen die Arbeiter im Beamten- und Staatsbetrieb. Wenn sie fragen, woher das Geld genommen werden soll, so können wir ihnen schon Mittel nennen, die Sie aber doch nicht anwenden: die 3½ Milliarden für Frührenten für Großkapitalisten wären hier gleich zu nennen. Oder sozialisieren Sie doch die Bergwerke, dann haben Sie neue Einnahmequellen. Die Entlohnung der Arbeiter in der Frage der Beamtenbesoldung ist reichlich unklar und hat große Unruhe in der Beamtenschaft ausgelöst. Wir müssen alles tun, um die gerechten Wünsche der Beamten zu erfüllen, denn nur so werden wir eine arbeitsfähige und arbeitsfrohe Beamtenschaft erhalten. (Lobhafter Beifall bei den U. Soz.)

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß dem Wunsch des Reichstages, am Dienstag in Berlin gehen zu können, nur dann entsprechen werden könnte, wenn es sich um einen Antrag handelte. (Beifall.)

Reichsminister Gieseler: Ich habe die Hoffnung, daß die Wünsche der Beamten eine Lage

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Aus Oberschlesien.

Was Lloyd George sagt

Nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ aus London, soll Lloyd George die Mitteilung gemacht haben, die Volksabstimmung in Oberschlesien werde um Wechnachten zu Ende sein.

Zuständigkeit der Finanzämter in Stempel- und Erbschaftsteuerfällen

Am 1. August d. Js. geht im beletzten Teile der Provinz Oberschlesien die Verwaltung der Stempel- und Erbschaftsteuerämter in Opatowitz auf die Finanzämter über.

Der ortsübliche Tagelohn

Nach einer Mitteilung des Oberversicherungsamtes in Opatowitz tritt am 1. Oktober d. Js. eine Neuregelung des ortsüblichen Tagelohnes ein.

Table with 5 columns: Versicherungssämter, Berufte unter 16 Jahre, Berufte von 16 bis 21 Jahren, Arbeiter 21 Jahre alte, Berufte über 21 Jahre. Rows include Gruppe 1 (Weuthe, Hindenburg, etc.), Gruppe 2 (Lublink, etc.), Gruppe 3 (Cofel), Gruppe 4 (Gleiwitz, etc.).

Es ist sehr wichtig für jeden Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sich über die obigen Festlegungen genau zu unterrichten. Wir empfehlen deshalb, die Tabelle auszuscheiden und aufzubewahren.

Die Konzerte des Berliner Schubert-Chors

Das von uns angelegte Konzert des Schubert-Chores aus Berlin findet bestimmt statt. M. l. wird es mit großer Freude begrüßt, daß der berühmteste deutsche Arbeiter-Chor in Stärke von 200 Sängern, Oberschlesien einen Besuch abstatten wird.

Die Konzerte finden wie folgt statt: Opatowitz am 5. August, Cofel am 6. August, Ratibor am 7. August, Rybnik am 8. August, Kattowitz am 9. August, Laurahütte am 10. August, Friedenshütte am 11. August, Weuthe am 12. August, Königshütte am 13. August, Bismarckhütte am 14. August, Hindenburg am 15. August, Gleiwitz am 16. August.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch in Oberschlesien. Drei Monate auf Probe.

Am Sonnabend, den 31. Juli, fand im Stadthaus zu Weuthe unter dem Vorsitz des Geheimrats Burkert, Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, eine Sitzung statt, zu welcher die Innungsvertreter des Fleischergewerbes, sowie die Gewerkschaftsvertreter eingeladen waren.

Der Regierungsvertreter, Geh. R. Burkert, gab den Erschienenen bekannt, daß die Regierung dem Drängen der ober-schlesischen Fleischermeister welche verschiedentlich petitionierten und auch persönlich mit einem Vertreter der Gewerkschaften vorstellig waren, nachgegeben hätte und

probeweise auf 3 Monate für Oberschlesien die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben hat.

Die Fleischermeister versprachen, so führte der Regierungsvertreter weiter aus, daß sie die ober-schlesische Bevölkerung wöchentlich mit 200 Gramm Fleisch versorgen können und werden, sobald die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Würde die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben, so würden Fleischer und Gewerkschaften sich durch Streik die Aufhebung erzwingen.

16. August, Tarnowitz am 17. August, Lublink am 18. August, Rosenberga am 19. August und Kreuzburg am 20. August. Alles Nähere durch Inserate und Plakate.

Keine Umformung der Sicherheitspolizei

In informierten Kreisen ist man auf Grund untrüglicher Anzeichen der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage zu einer Umformung der Sicherheitspolizei in Oberschlesien nicht kommen wird.

Störung der D. C. W.

Eine vorübergehende Störung in der Centrale Chorzow, die auf eine Explosion zurückzuführen war, führte gestern Abend gegen 10 Uhr zu einer Unterbrechung der Stromzufuhr, so daß die Orte des Industriegebietes, soweit sie von der Chorzower Centrale gespeist werden, einige Zeit ohne Licht und Kraft waren.

Die Reisebrotmarken alten Musters haben, wie die Reichsgetreidebestelle bekanntgibt, ihre Gültigkeit noch nicht verloren.

Oberschlesien und der Friedensvertrag im Film. Die Filmabteilung des Institutes für Kulturforschung hat schon seit den Waffenstillstandsbedingungen darauf hingearbeitet, die territorialen Friedensbedingungen durch den Film zur deutschen Anschauung zu bringen.

Gleiwitz.

Nur ein Viertelstündchen. Das feine Mittag-mahl ist hintergeschlemmt in den jetzt immer so an-spruchs-vollen Wagen. Grüne Bohnen mit Kartoffeln. Das aus der großen Zeit übriggebliebene Egeschirr steht noch auf dem Tisch.

zu sehen sein wird und darunter habe die Arbeiter-schaft nur allein zu leiden!

Interessant war es allerdings, als Herr Griese, der Vertreter des Hirsch-Dunderischen Gewerkschafts, zum Wort kam und erklärte, daß er mit den Fleischern in Berlin petitionierte.

Interessant wäre auch, zu erfahren, wer die De-legations-Spesen für Herrn Griese bezahlt hat, die Fleischermeister oder die Mitglieder seiner Gewerkschaft?

Nach Herr Musiol erklärte, daß er als Ver-treter der katholischen Arbeiter Oberschlesiens strikter Gegner jeder Zwangswirtschaft sei.

Herr Sawahli stellte sich als Abgeordneter und Vertreter der Opatowitzer Handelskammer vor. Er konnte es schwer begreifen, daß der Vertreter der freien Gewerkschaften gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei.

Es ist nun nichts mehr daran zu ändern, die Zwangswirtschaft ist in Oberschlesien für Fleisch aufgehoben.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamte haben nun die Pflicht, auf die festgesetzten Preise zu achten und jeden Uebertretungsfall ihren Gewerkschaftsvorständen zur Meldung zu bringen.

Das ist die erste Kühne Tat der neuen Regierung ohne Sozialisten. Arbeiter, zieht daraus eure Schlüsse!

Pfistermöbels erinnern heute zu hart an die Zeiten, da sie noch mit Seegras und Berg beledet waren, und die Fliegen, die ihm um die Ohren summen, lassen ihn auch kein Auge zublicken.

Zu einem Landfeuer wurde unsere Freiwillige Feuerwehr, Abteilung L am gestrigen Nachmittag nach dem benachbarten St. Marien gerufen, wo im Dominium ein Brand ausgebrochen war.

Ein Mord? 50 Meter von der Teucherstraße, in der Nähe der Allee der Neuen Welt, wurde heute früh ein erschossener Mann aufgefunden.

Beim Baden ertrunken sind Sonntag in der Ballekanstalt in den Steinbüchen bei Laband 2 junge Menschen. Ein Fräulein Kohrbach und ein Herr Nowak aus dem Stadtteil Petersdorf waren plötzlich im Wasser verschwunden.

Der tödliche Fahrraddiebstahl. Einem französischen Gendarmen von der Teucherstraße wurde ein Fahrrad Marke „Dion-Bolon“ Nr. 34875 im Werte von 900 Mark gestohlen.

Wem gehört das Fahrrad? Gelegentlich einer Durchsuchung beschlagnahmte unsere Polizei ein Fahrrad, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt.

Die unterschlossene Schlafstube. Einem Gasthausbesitzer von der Elgutherstraße wurden aus verschlossener Schlafstube 1200 Mark bares Geld entwendet.

Schuldenbruch in Mida-Kowitz. Am 25. v. Mtz wurde ein Maximilianum eingebrochen und Gebrauchsgegenstände, Kleider und Waare im Werte von ca. 6200 Mark gestohlen.

Schuldenbruch in Mida-Kowitz. Am 25. v. Mtz wurde ein Maximilianum eingebrochen und Gebrauchsgegenstände, Kleider und Waare im Werte von ca. 6200 Mark gestohlen.

Der 2. Deutsche Studententag in Göttingen

Es sollte ein großes Ereignis sein, dieser Tag. Zu diesem Zweck lang man am Anfang und am Ende der fünfjährigen Zusammenkunft „Deutschland, Deutschland, über alles!“

Zu diesem Zweck lang man am Anfang und am Ende der fünfjährigen Zusammenkunft „Deutschland, Deutschland, über alles!“ Damit wollte man ver-wischen, was dazwischen lag.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

Was soll man dazu sagen? Diese Studenten-schaft (b. h. die überwältigende Mehrheit der deutschen Studenten) ist hoffnungslos.

schleier von fanatischen Polen überfallen. Es kam zu Fälschungen, bei denen es auf beiden Seiten Verlesungen gab. Die vier Mann starke Wache der Sicherheitspolizei in Emanuelstegen wurde von den Polen überfallen und entworfen. Aus Katowitz mußte in einem Automobil Verstärkung der Sicherheitspolizei herbeigebracht werden, welche die Kasse wieder herstellte und einige Verhaftungen vornahm.

Reife.

Schmolitz, Nr. Reife.

Hühnerdiebstahl. Zwei auf dem hiesigen Dominiun beschäftigte Mussen verjuchten — ob aus Hunger oder aus Ueberrmut? — einen Einbruch in den Hühnerstall des Bauern D i k e hierseits. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gegen 11 Uhr schloß das Werk vollbracht werden. Doch der Verräter, in Gestalt des Dienstmädchens, welches zu dieser Zeit ein Stalldiebin hatte, ging zum Fenster des schlafenden Bauern und schlug Lärm. Dieser erschien mit schußbereitem Gewehr und überfiel die Mussen bei der Arbeit. Der eine Müsse erbielt auf der Brust eine Kugel nachgeschandt, welche ihn, wie später festgestellt wurde, in den Oberarm getroffen hatte. Seinem Kompanion schlug der Bauer die Gans, welcher bereits die Gurgel halb durchgeschnitten war, solange um den Kopf, bis der Kopf der Gans wegfiel. Der zweite Müsse ergriff ebenfalls die Flucht, konnte aber nicht so schnell entkommen und wurde noch mit einer Baumrinde bearbeitet und darauf festgenommen. Der andere hatte keine Lagerstätte erreicht und stülte sich bei der Nachsuchung wie ein unschuldiges Narmelster. Beide Mussen wurden nach Reife beide nach dem Lazarett gebracht.

Diese beiden armen Schächer, die vielleicht aus Not handeln, mußten dem Bauern als Blaudiebstahl geinert sich durch die Zeit über aufgeschoben. Geinert dienen und sind eher zu bedauern, als zu verurteilen.

Reimen, Nr. Reife.

Diebstahl. Vor einiger Zeit wurden dem Stellenbesitzer Emanuel Schimpke 30 Pfund geräucherter Schweinefleisch gestohlen. Der Verdacht lenkte sich nun auf den Kleinbauern Schreyer, welcher sich am Tage vor dem Diebstahl bei dem Fleischhaken Handwerkszeug geliehen hatte. Der Gendameriewachtmeister von Bosdorf erschien am Tatort mit einem Polizeihunde und ließ die Fährte verfolgen, welche in das Gehöft Schreyer's führte. Von den gestohlenen 30 Pfund geräucherter Schweinefleisch waren nur noch 9 Pfund vorhanden. Man hatte sich die nicht oft bietende Gelegenheit wahrgenommen und war tüchtig zum Frühstück angetreten. Schreyer leugnete zwar den Diebstahl dem Gendameriewachtmeister doch konnte er leicht überführt werden und mußte den Rest des Diebesgutes herausgeben.

Neustadt N. O.

Arbeitslosigkeit.

Wer dieses Wort nur vom Hörensagen kennt und noch nicht selbst in der Lage war, die Folgen einer längeren Erwerbslosigkeit zu spüren, der kann sich gar nicht bewußt sein mit wieviel Not und Entbehrung die davon Betroffenen zu kämpfen haben. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß der frühere Verdienst der Arbeiter besonders in Gegenden, wie hier, es nicht erlaubte, Spargroschen für spätere schlimme Zeiten zurückzuliegen. Daher sind heute die meisten Arbeitslosen zu ihrem Unterhalt nur auf die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung angewiesen. Nach Berechnungen von amtlichen Stellen ist der Defizitfähigkeit schon oft gesagt worden, welches Minimum heute an Einkommen eine Familie haben muß, um unter den heutigen Verhältnissen leben zu können. Dem gegenüber bewirken die Arbeitslosen gerade ein Wunder mit den geringen Unterstützungssätzen auszukommen. In vielen Städten werden angelegentlich der eifernen Notwendigkeit kommunale Zuschüsse zu den staatlichen Sätzen gesahlt. Hier in Neustadt ist dies bis jetzt nicht der Fall gewesen und da die Arbeitslosigkeit auch unter den verheirateten Familienvätern immer mehr zunimmt, hat es das hiesige Kartell der freien Ge-

werblichen für notwendig gehalten an den Magistrat folgendes Gesuch zu richten: „Die immer mehr zunehmende Arbeitslosigkeit und die lange Dauer derselben, durch die davon Betroffenen immer mehr in Not geraten, zwingt das unterzeichnete Gewerkschaftskartell an den Magistrat folgenden Antrag zu stellen:

Den Arbeitslosen ist zu den Sätzen der staatlichen Erwerbslosenfürsorge aus kommunalen Mitteln ein Zuschuß von 30 Prozent der zustehenden Unterstützungssumme zu gewähren. Da dem Magistrat die wirtschaftlichen Verhältnisse genau bekannt sind, bittet das Kartell, seinem Antrage zuzustimmen.“ Wir sind nun der Meinung, daß, wenn die städtischen Körperschaften bis jetzt jede Förderung der Angefallten und Beamtenlosigkeit als gerecht anerkannt hat u. auch bewilligt haben, der Antrag des freien Gewerkschaftskartells noch als viel gerechter und notwendiger anerkannt werden muß.

Brottkau.

Monarchisten - Unfug. Am 25. Juli feierte der hiesige katholische Gelellensverein sein 60 jähriges Stiftungsfest. Aus diesem Grunde war die Stadt feierlich geslaggt und mit Girlanden geschmückt. Vom Rathause wehte nach allen vier Richtungen der schwarz-weiß-rote Lappen des alten vergangenen Kaiserstaates. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich endlich der Magistrat in Grottkau aufrufen würde, sich der neuen Zeit anzupassen. Pflicht wäre es, daß von allen behördlichen Gebäuden die neuen Nationalfarben wehten. Oder sollte es auf die paar Fähnchen nicht mehr reichen? Dann könnte vielleicht eine Sammlung veranstaltet werden, wie es die katholischen Vereine gemacht haben; denn die Gloden sind doch auch nur dadurch zustande gekommen. Will man vielleicht so lange warten, bis einmal der Arbeiterchaft der Geduldsfaden abreißen wird? Doch der größten Unfug leistete sich der hiesige Kaufmann Matschke. In seinem Hause wehte auch der hurrapatriotische Lappen, und um seine „republikanische“ Gesinnung noch mehr zum Ausdruck zu bringen, hatte er an der Fassade der Dejerterur Wilhelm den Letzten angebracht. Wie dieser edle Staatsbürger sich an die Verordnungen der vom Volke gewählten Staatsregierung hält, beweist nur Genüge diese schosle Handlungsweise. Der Wilhelm wurde schnell wieder entfernt, sonst hätte der seine Herr sein blaues Wunder erleben können. Derselbe Herr Matschke erklärte einem hiesigen Genossen, daß er Sozialist durch und durch wäre, er könnte den Sozialdemokraten deshalb seine Stimme nicht geben, weil diese die Kirche bekämpften. (Nebenbei bemerkt: von der Sozialdemokratie wird nur der Mißbrauch der Religion bekämpft.) Der Herr verdient ganz besonders, daß er unter die Lupe genommen wird. Vielleicht lernt mancher Arbeiter seine Rauheit einsehen, ehe es zu spät ist. Für sein eigenes Geld kann man überall Ware einkaufen.

Steuererleichterungen für Altpensionäre

Berlin, 31. Juli. Im Einkommensteuergesetz ist vorgesehen, daß bei Steuerpflichtigen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalertrag oder Pensionen zusammensetzt, die Kapitalertragssteuer bei Einkommen bis 7500 Mark zu 75 Prozent, bei Einkommen bis 10 000 Mark zu 50 Prozent, und bei Einkommen bis zu 12 500 Mark zu 25 Prozent auf die geschuldete Einkommensteuer angerechnet wird. Hat ein solcher Steuerpflichtiger überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen, so erfolgt Erstattung des betreffenden Anweises der Kapitalertragssteuer. Die Erstattungsansprüche sind an die Finanzämter zu richten; Gesuche an das Reichsfinanzministerium haben keinen Sinn.

In diesem Zusammenhang sei auch hingewiesen auf den Erlass vom 17. Juli 1920. Danach kann zur Vermeidung von besonderen Härten die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertrags-

steuer nach Ablauf des Jahres in voller Höhe erstattet werden, wenn auf die betreffenden Renten die obigen Voraussetzungen zutreffen und die selben nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung hierüber steht den Landesfinanzämtern zu, die ihrerseits die Finanzämter mit der Entscheidung über Erstattungsgehalte beauftragen können.

Wird hier eingeschritten?

Ein unglaubliches Vorkommnis hat sich auf dem Rittergut Preußenberg bei Tempin zugetragen. Dort untergebrachte entlassene Reichswehrsoldaten weigerten sich, dem Verlangen ihres Arbeitgebers, eines Major Falkenhayn nachzukommen, außer landwirtschaftlichen Arbeiten auch militärische Dienste zu verrichten. Darauf rückten von den umliegenden Gütern nach dem Bericht der „Freiheit“, die dort zerstreut liegenden Volkstümer in Stärke von 450 Mann unter Führung von zwei Offizieren mit Minenwerfern und Maschinengewehren an, nahmen die Leute gefangen und mißhandelten sie. Da eine rechtliche Handhabe zu diesem Vorgehen nicht gegeben war, mußten die Leute wieder freigelassen werden und liegen jetzt mittellos auf der Straße.

Dieser Vorfal gibt einmal einen wertvollen Fingerzeig, wo die Entwaffnung einzu-

Anfolge Störungen im Schreibetrieb mußten leider eine große Anzahl Einwendungen zurückgelassen werden.

sehen hat. Aber noch mehr: Das Vorgehen der Volkstümer kennzeichnet sich strafrechtlich als unbefugte Amtsanmaßung, widerrechtliche Bildung eines bewaffneten Haufens, Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung. Der Minister Dr. Heinze hat jüngst im Reichstag der Objektivität unerer Zufüg ein hohes Lob geungen. Wird nun die Staatsanwaltschaft hier einschreiten, wo Verbrechen geschehen sind, auf die schämere Gefängnis, zum Teil sogar Zuchthausstrafen stehen oder wird die Bandenbildung nur bei Arbeitern im Ruhrrevier bestraft?

Aus dem christlichen Ungarn

In Ungarn gibt es mein man den Worten der jetzigen Regierung glaubt, keinen weißen Schreden. Der folgende Abiast aus einem streng vertraulichen Erlaß des Militärkommandanten von Budapest ist dazu ansetan, das Gegenteil zu beweisen. Es heißt dort:

Obwohl es im allgemeinen wünschenswert ist, daß die Militärbehörde gegenüber den verhafteten Individuen schonungsvoll vorgehen, so sind in manchen Fällen dennoch kräftigere Maßregeln notwendig. Infolgedessen ordne ich an, daß diese Personen auch nach ihrem Verhör, solange die äußeren Symptome der ihnen gegenüber zur Anwendung gebrachten kräftigeren Maßregeln wahrgenommen werden können, unter die strenge Aufsicht genommen werden müssen so daß sie den Besuch in keiner einzigen Person (auch des Verteidigers nicht) empfangen können.

Wie schlimm muß es in Wirklichkeit sein, wenn der Militärkommandant schon eine derartige Verordnung erlassen muß, um die „äußeren Symptome“ der „kräftigeren Maßregeln“ nicht der Defektheit sichtbar werden zu lassen. In den häufigsten Fällen sind allerdings die „äußeren Symptome“ derart, daß der Verhaftete nie mehr in die Lage kommt, irgend jemand zu empfangen.

Heiteres

Zugendstüb. Meine Wirtin erzählte mir beim Abendbrot mit Genugtuung von ihrer Tochter Alma. Sieheh'n, Jahre alt wäre das Göhr erst, aber schon ließen sich hundert nette Herren nach ihr tie Hagen ab. „Heute zum Beispiel macht sie wieder eine Landpartie mit einem wirklich netten Verehrer — wirklich — ein netter Herr — ja — die Alma!“

seines Vaters von dessen Besitzung am Seeberg am Regensee über den See im Boot nach Egern gebracht hatte, wurden die sterblichen Ueberreste des Dichters unter einer Fülle von Blumen und Kränzen im Egerer Reichshaus aufgebahrt. Am Mittwoch mittag fand bei strömendem Regen unter großer Beteiligung der Bevölkerung des Regenseeales sowie der auswärtigen Freunde und Verehrer des Dichters die Beisetzung statt. Am Grabe sprach nach den kirchlichen Zeremonien der Pfarrer Harasser von Egern, der seiner Rede den lateinischen Spruch: Jacet, tacet, placet zugrunde legte. Nach ihm trug ein Bauernmädchen als letzten Gruß Ludwig Thomas' dessen Abchiedsberse vor:

Geut g'schieht uns meh,
Von Verchesgaben bis am Bodensee
Sibt jede Gloden an traurigen Kiang,
Is jedes Herz bei dem schmeren Gang,
Das Volk sieht den auf der Lotenbahr,
Der sein treuer Sohn und sein Dichter war.

Als letzten Gruß von seinen Bergen warf sie einen wunderschönen Strauß Alpenrosen und Edelweih ins offene Grab. Dann würdigte Justizrat May Bernstein (München) die menschlichen Eigenschaften seines toten Freundes. Nach ihm sprach Direktor Meinhardt (Berlin), der für die deutschen Bühnen einen Kranz niederlegte. Der Hoftheaterdirigtor aus München hatte die Abschiedsfeier durch ernste Reden verhöht. Die Vergeschühen sandten Ehrensalben ab. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkte man Ludwig Thoma, Reichstagsabg. Stücken, Oberbürgermeister von Borscht (München), die Kammerjänger Slegat, Hensel und Burgstaller sowie die Witwe des verstorbenen Dr. Georg Girth.

Das letzte Werk Ganghofers, betitelt: „Torschlus", das unvollendet auf seinem Schreibtisch lag, wurde unbenutzt zum Schlußwerk des Lebenslaufes Ganghofers.

Die Table d'hôte von Spa, Die „Bojische Ht.“ brachte jüngst folgende hübsche Sache: In Eberdand

Ein Kommunitenputsch in Zittau

Nach ähnlich wie im März, als der Kommunit Mar Höls im Anschluß an die Abwehr des Kapp-Putschs die erregte Arbeiterchaft mißbrachte, um wahrhaftige politische Ziele zu erreichen, hat sich am Sonntag die Zittauer Arbeiterchaft im Anschluß an eine erregte U.S.D.-Versammlung von einem hergelaufenen, landfremden Verbrecher, dem fleißiglich verlesenen Müller Nordau, aufputschen lassen und ist zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Regierungsgewalt geschritten. Sie hat, nachdem die Sicherheitspolizei in ruhiger Weise versucht, die Ordnung der Stadt aufrechtzuerhalten, die öffentliche Gewalt an sich gerissen, die Behörde abgesetzt und schwere Unschärfungen begangen. Gegen den übergroßen Teil der Bürgerchaft hat sich ein 15er Ausschuß gebildet und hat den Generalstreik ausgerufen, der sich auch auf alle lebenswichtigen Betriebe erstreckt, jedoch die Stadt gegenwärtig ohne Licht und Wasser ist. Die Aufständigen fordern die Ausrufung der Räterepublik in Sachsen, die Entfennung der Landesicherheitspolizei, Straffreiheit für verübte und noch kommende Verbrechen und Bezahlung der Streikstage.

Die Bewegung ist gegenwärtig erst auf die Nachbarstadt Löbau übergesprungen. Es wurde auch versucht, diese auf die ganze Oberlausitz auszubringen. Der Versuch ist bis jetzt aber an dem entschiedenen Widerstande der Bevölkerung gescheitert. Ueber die Drie Zittau und Löbau ist der Belagerungszustand verhängt worden und im Zusammenhang mit diesem wird von der Reichlichen Regierung Alles versucht werden, den Zustand so schnell als möglich zu unterdrücken.

Dieses politische Abenteuer muß ebenso wie der Kapp-Putsch und die Hölzhaide auf das schärfste verurteilt werden. Es kann nicht angehen, daß sich irgend ein von sonstwo hergelaufenes Subjekt zum Diktator einer kleinen Minderheit aufspielt. Wie groß sein wirklicher Anhang ist, läßt sich zur Stunde natürlich noch nicht feststellen. Er scheint aber nicht besonders groß zu sein, umiomehr als das Zittauer Gewerkschaftskartell als solcher sich nicht mit dem 15er Ausschuß, der sich von Unabhängigen und Kommuniten zusammensetzt, zu identifizieren. Die Bewegung ist also über die Köpfe der Arbeiterchaft hin entstanden und wir müssen es deshalb ganz entschieden ablehnen, ihr irgendwelche Sympathien entgegenzubringen.

Ich fragte schüchtern, ob denn da nichts zu befürchten sei.

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Nennen Sie denn den wirklich netten Verehrer, Frau Krull?“

„Ne“, erwiderte sie stolz und mit Ueberzeugung.

„den Verehrer kenn ich nicht, aber meine Alma kenn ich ganz genau. Die zieht immer auf der Landpartie ihr allerbestes Kleid an, und ehe sie sich das verknäuteln läßt — — —“

Berichtungs-Kalender

- Bismarckhütte, Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, 4. August, 5 Uhr, bei Pogoda, außerordentliche Mitgliederversammlung. Ref.: Maleita.
- Neu-Seiden. Mittwoch, 4. August, 7 Uhr, bei Gottfisch: Offizielle Frauenversammlung. Ref.: Maleita.
- Bismarckhütte. Donnerstag, 5. August, abends 6 Uhr, im Sozial Pogoda: Frauenversammlung. Ref.: Maleita.
- Epine. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr bei Sobczyk: Mitgliederversammlung. Referent: R. Mathias.
- Königsbütte. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung der Frauengruppe. Referent: G. Blusjäg.
- Friedensbütte. Donnerstag, den 5. August, abds. 6 Uhr in der Turnhalle Mitgliederversammlung. Referent: R. Mathias.

Genossen lest den Volkswille.

„Lasterhülle“, deren Erstausführung London im Jahr 1777 sah, wird Spa in einer Weise erwähnt, die uns heute ganz eigenümlich berührt. Die Herren und Damen der guten Gesellschaft, deren böse Zunge Sheridan verpöppelt, ziehen über das Verhöre einer jungen Dame, mit der sie zweimal in der Woche dinieren, her, indem sie es also verspotten:

„Sie hat das seltsamste Gesicht, das man sich denken kann. Es ist eine Sammlung von Zügen, die jeder einem anderen Leude angehören.“
„In der Tat, sie hat eine irische Stirn.“
„Kalebonische Loßen.“
„Eine holländische Nase.“
„Defereidische Lippen.“
„Den Taint einer Spanierin.“
„Ähne à la Chinoise.“
„Kurz, ihr Gesicht ähnt einer Table d'hôte in Spaa, wo keine zwei Gäste einer Nation angehören.“
„Ober einem Kongress am Schluß eines allgemeinen Krieges, wo jedes Mitglied ein anderes Interesse hat.“

So zu lesen in der zweiten Scene des zweiten Aktes.

Zwangsbaben in Sowjet-Rußland. Auf einer Versammlung des englischen Bundes der weiblichen Arbeiter teilte Miß Margaret Bondfield, die kürzlich Rußland besucht hat, mit, daß die Sowjet-Regierung das Boden für die ganze Bevölkerung zwangsweise eingeführt hat und daß, wer nicht freiwillig bodelt, von dazu bestellten Aufsch-Beamten gezwungen wird, dieser Bürgerpflicht zu genügen.

Wenn diese Nachricht ein Witz sein sollte, ist es wenigstens ein guter.

Neues Revolutionsdenkungen. Unter dem Titel „Von Kiel bis Kapp“ erscheinen in den nächsten Tagen im Verlag für Politik und Wirtschaft Erinnerungen des ehemaligen Reichswehrministers Roske.

Kleine Zeitung.

Künstleranekdoten

Alfred Georg Hartmann läßt joesen in Verlage F. Bruckmann, München, einen neuen Band Künstleranekdoten aus sechs Jahrhunderten unter dem Titel „Der Künstlerpiegel“ erscheinen. Einige Kostproben werden unsern Lesern willkommen sein.

Urteil.

In Rom war ein angesehenes Fürst, der für einen Brumeiter gelten wollte, und der einige Mischen hatte mauern lassen in der Absicht, Figuren darin aufzustellen. Eine jede hatte oben einen Ring. Er verjuchte verschiedene Statuen darin unterzubringen, da sie sich jedoch nicht gut darin ausnahmen, fragte der Michelangelo, was wohl hineinpasse. „Gangt Bündel Kase in dem Ring oben auf“, erwiderte der Meister.

Wachsmodele.

Theodor Fontane erzählt: Schadow hatte zwei Grazien in Wachs modelliert, nutzende Arbeiten, die die Unvorsichtigkeit eines Hausgenossen in die eines geheimsten Ortes gestollt hatte, wo nun das Wachs, wie der Berliner Ausdruck lautet, „trichlich“ geworden war. Der Bildhauer gab die Figuren zu seinem Freunde und Nachbarn, dem Apotheker Lucae in die Kur, der sie mit Aether behandelte und eine glatte Fläche wieder herstellte. Aber noch weiter nichts. Als der alte Herr seine reparierten Statuetten wieder sah, sagte er schmunzelnd:

„Ja, die Bildeln sind weg, aber die Helle och.“

Aufträge.

Bei Lenbach erschien einmal ein Berliner Danzer, um zu fragen, wieviel er wohl für ein Bildnis ver-

langen würde. Lenbach forderte eine ungewöhnliche hohe Summe. Der Danzier prallte entsezt zurück und sagte: „Aber das ist ja ein enormer Preis! Für die Hälfte habe ich jüngst ein von Ihnen gemaltes Bild des Fürsten Bismarck gekauft!“ Darauf Lenbach: „Kann sein. Aber den Fürsten Bismarck zu malen, war für mich auch ein Vergnügen. Das hat man selten — Vergnügen.“

Die andere Richtung.

Der Bildhauer Reinhold Bogas sprach nicht viel. Wenn ihn aber etwas erregte, konnte es doch vorkommen, daß er mit einem raschen Urteil in die Debatte eingriff. Als man sich einmal über eine ihm unympathische Kuntrichtung unterhielt, meinte er: „Ja, Kuhred ist auch ein Gericht — nur schmeckt es nicht!“

Better Zimt.

„Neulich schreibt mir ein Kunsthändler“ — erzählt Hans Thoma — „er besitze ein Bild von mir, eine Gesellschaft im Garten; es sei auch ein Käufer dafür da. Der verlange aber durchaus zu wissen, wen das Bild darstelle. Es sei zu bezüchten, daß ihm der Käufer abspringe, wenn ich ihm nicht den Befallen tue, Auskunft zu geben. Ich schrieb dem Kunsthändler: „Das Bild stellt meinen Vetter Hieronimus Zimt mit seiner Familie dar.“ Flugs hat er den Kunsthändler sein Geld und ich einen neuen Verwandten!“

Das Schindluder.

Breller hatte in seinem Hause in Weimar die Venus von Milo und die von Medici stehen. Er äuferte sich über die Schönheiten der beiden Bildwerke sehr begeistert, fügte aber in Bezug auf die metrische Venus sehr drastisch auf aut Weimarsch hinzu: „Die is ä kokettes Schindluder!“

Ganghofers Verickung.

Aus Tegersee wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Nachdem am Dienstag der Sohn Ludwiga Ganghofers die Leiche

lung finken, die alle Beteiligten befriedigen. Ich habe bereits längst verfügt, daß bei der Postverwaltung zunächst der halbe Vorschuß auszubehalten ist. Die persönlichen Ausgaben sind bei der Postverwaltung bedeutend höher als die sachlichen Einnahmen. Die bisherigen Beamtenauschüsse sind nur ein Provisorium, die eine gute Grundlage für die endgültigen abgeben. (Beifall.)

Abg. Bruhn (Dt. Nat.) tritt den Ausführungen der Abg. Frau Zieg (U. Soz.) entgegen.

Reichsfinanzminister Wirth: Ich habe immer betont, daß wir das Reichsbesoldungsgesetz umbauen müssen und alle Ungerechtigkeiten beseitigen müssen, denn es geht nicht, daß die Rechte der Länder besser dastehen. Es ist das Unglück, daß niemand draußen die Augen öffnen will gegenüber der fürchterlichen finanziellen Notlage, in der sich Deutschland befindet. Ich mache mir Sorgen, um die derzeitigen Gehälter der Beamten auf längere Zeit hinaus überhaupt noch bezahlen zu können. (Hört! hört!) Wir müssen immer und immer wieder auf unsere finanzielle Not aufmerksam machen. Der Finanzunterauschuß hat bereits die Auszahlung der notwendigen Mittel bewilligt und ebenfalls sich damit einverstanden erklärt, daß bei der Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes der Unterschied zu den Ländern ausgeglichen wird. Angesichts der leidenschaftlichen Beunruhigung in der Beamenschaft sage ich, daß man schnell geben muß, um doppelt zu geben. Von Anwartschaften oder Unklarheiten kann also gar keine Rede sein. Umsonst mehr um ich und der Haushaltsauschuß auf's peinlichste berührt von einem Schriftstück, daß nur gestern namens der drei großen Eisenbahnerorganisationen überreicht wurde. Darin heißt es, daß die Vertreter der großen Eisenbahnerorganisationen schärfsten Protest dagegen erheben, daß die Nachprüfung der Besoldungsgesetze erst im Herbst stattfinden soll. Sie drohen mit einem Demonstrationstreik des gesamten deutschen Eisenbahnerpersonals, falls die Organisation bis zum 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Haushaltsauschuß und von der Reichsregierung keine befriedigenden und bindenden Erklärungen über die Erfüllung ihrer Wünsche haben. (Zurufe: Unzufrieden! — Lebhaftigkeit.) Und das im gleichen Augenblick, wo die Verhandlungen vor dem Abschluß stehen. (Stürmische Zurufe.) So löst uns eine Gruppe unverantwortlicher Führer den Dolch in den Rücken. Keine Volksvertretung kann sich das gefallen lassen und als Reichsfinanzminister lehne ich es ab, mir die Pistole derart auf die Brust setzen zu lassen. Der deutsche Eisenbahnerverband hat durch den Mund des Abgeordneten K. S. u. h. erklärt, er wisse nichts von diesem Ultimatum und es ginge ganz gegen seine Absicht. Die Mehrheit des Ausschusses (Zurufe: Nur die Mehrheit?) war der Meinung, daß man den Verbänden Gelegenheit geben müsse, sich dazu zu äußern. Ich als Minister habe mich schärfstens dagegen gewandt, da ich es nicht mit meiner Ehre vereinbaren kann, unter dem Druck eines solchen Ultimatus Verhandlungen zu führen. (Lebhafte Beifall. — Zufurufe bei den U. Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Bedom: Der Briefverkehr ist zwar zurückgegangen, das ist aber eine allgemeine Erscheinung des Wirtschaftslebens, denn der Telegrammverkehr ist ebenfalls um 30 Prozent zurückgegangen. Die Verkehrserschwerungen genügen den ungeheuer gesteigerten Ansprüchen nicht mehr. Zum Ausbau brauchen wir die einmalige Abgabe der Teilnehmer. Wir bitten, den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom 6. Mai abzulehnen.

Abg. Faud (Waper. Sp.): Auch den Winderbemitteln und den Leuten auf dem Lande muß es ermöglicht werden, sich einen Fernsprechanschluß zu halten.

Abg. Beythim (D. Sp.): Wir werden uns durch kein Ultimatum zwingen lassen, doch ein Ultimatum ist ein Verbrechen am Volk.

Abg. Frau Zieg (U. Soz.) bringt weitere Beschwerden über den Postverkehr vor, z. B., daß man vom Lande Postämter fordert, um in Berlin mißliebige abzuschließen. Besonders bedauerlich ist die Erhebung, daß die süddeutschen Beamten von dem Recht des Rücktritts in Landesbehandlung Gebrauch gemacht haben. Wenn ich Mißstände hier zur Sprache bringe, so erlaube ich mir meine Pflicht als Volksvertreterin. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ged (U. Soz.): Die Bedeutung dieses sogenannten Ultimatus hat der Herr Reichsfinanzminister stark übertrieben. Wenn jemand wirklich eine solche Aktion vorhatte, dann würde er sie sicherlich nicht in einem Briefe zuerst zur Kenntnis bringen. Weder protestiert dann an Hand von Beispielen gegen Ze-

lephonüberwachung und Briefzensur. Beifall d. d. U. Soz.)

Abg. Gölle (Dt. Nat.) bestätigt die Ausführungen des Reichsfinanzministers und protestiert scharf gegen das Ultimatum.

Reichspostminister Giesberts: Wir sind grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Post- und Telegrammgeheimnis zu wahren ist und nur in solchen Fällen wie in dem Gesetz der Entwaffnungsfrage aufgehoben werden kann.

Der Haushalt des Reichspostministeriums wird genehmigt.

Montag, 2. August, 1 Uhr: Amnestiegesetz, dritte Beratung des Entwaffnungsgesetzes, Not-Etat, Kleine Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

Weitere Nachrichten aus Oberschlesien.

Unionenhilfe.

Keinliche Schikanierung der Betriebsräte bei der Donnersmarck'schen Verwaltung. Eine am 29. d. Mts. im Gewerkschaftshaus zu Unionenhilfe stattgefundene Betriebsräteversammlung der um Friedenshütten gelegenen Anlagen beschäftigte sich mit der Tätigkeit der Betriebsräte auf den zu den verschiedenen Verwaltungen gehörigen Anlagen. Daß den Betriebsräten bei allen Verwaltungen ihre Tätigkeit nach Möglichkeit ersichert wird, darüber braucht man sich nicht im Unklaren sein. Wie es aber auf den dem Grafen Sengel von Donnersmarck gehörigen Anlagen geht, wurde durch die sachliche eingehende Aussprache beleuchtet. Von den freigestellten Mitgliedern des Betriebsrates wird die Führung eines Tagebuches verlangt, was ja bisher schon geübt ist, ohne Veranlassung der Verwaltung. Als ein derartiges Tagebuch der Verwaltung vorgelegt wurde, war man mit der Führung desselben nicht einverstanden, weil nämlich aus diesem verschiedene Mißstände, die auf den Anlagen vorhanden sind, ersichtlich waren, man verlangt die Führung eines Tagebuches über die Tätigkeit der freigestellten Betriebsräte. Des Weiteren wird verlangt, daß die Betriebsratsmitglieder sich täglich melden sollen bei ihren zuständigen Vorgesetzten, aus der Markenkontrolle ist aber jederzeit ersichtlich, ob die betreffenden rechtzeitig auf ihrer Arbeitsstelle waren oder nicht. Des ferneren wird verlangt, daß der Betriebsrat ohne vorher eingeholte Erlaubnis einen anderen Betrieb nicht betreten soll.

Wie man bei dieser Verwaltung die Urlaubsbefreiung handhabt, erbittet folgendes: Jeder Arbeiter muß, wenn er einen Tag der Arbeit fernbleiben will, einen schriftlichen Urlaubszettel einholen. Dies wäre an und für sich nicht so schlimm, aber es genügt beileibe nicht Entschuldigung bei dem direkten Vorgesetzten, drei Unterschriften sind notwendig, bevor ein Tag Urlaub zu bekommen ist, schlimmer als beim Militär der glorreichen wilhelminischen Regierung. Das dicke Ende kommt aber erst nach. Verlangt der mit solchen Urlaubzetteln versehene Arbeiter ihnen tariflich zustehenden Urlaub so wird ihm erklärt, daß er seinen Urlaub bereits durch sogenannte „Bummeschichten“ verwirrt hat, beruft er sich auf die schriftlichen Urlaubszettel, so bekommt er zu erfahren, daß derjenige, der die Zettel unterschrieben hat, hierzu nicht berechtigt war. Vergleichen kleinliche Schikanen gibt es noch viel mehr, sie alle zu Papier zu bringen, würde sehr viel Raum erfordern. Wenn auch den Betriebsräten bei den anderen Verwaltungen gleichfalls Schwierigkeiten bereitet werden, so war aus der Aussprache ersichtlich, daß keine Verwaltung so rigorös vorgeht, als die Donnersmarck'sche. Eine brave Stütze der Zentrumspartei! Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die am 29. Juli versammelten Betriebsräte (Arbeitervertreter) aller Organisationsrichtungen, der Friedenshütten, Friedensgrube, Paulusgrube, Lihandragrube, Uchenbron, Sillebrand, Menzelschacht, Rosamundehütte, Liebehoffnungshütte und Sogozinhütte protestieren gegen das Vorgehen der Graf Sengel von Donnersmarck'schen Verwaltung bei der

geloben lassen, ganz ernstlich, daß ich mit ihrem Vater sprechen wolle. Von der Mama besorge sie keinen Widerspruch.

Wir' ich da zu dir gekommen, Marcellus, hättest du mich von diesem halbschreckenden Schritt zurückgehalten. Ich selbst hatte ja noch so viel Vernunft, einzusehen, daß die Sache hoffnungslos war. So wartete ich drei Tage. Am dritten aber begegnete ich ihr auf der Straße mit der Mama, da steht sie mich so eigen an, so über die Schulter weg, die kleine, stolze Person, als ob sie sagte: Du bist mir der Rechte! Möchtest einen schönen Apfel haben und hast nicht den Mut, auf den Baum zu klettern, weil er ein bißel hoch hängt. Hast du vergessen, was du mir versprochen hast, Zeigling?

Da war's um mich geschehen. Ich rannte in ein Kleidermagazin und kaufte mir fix und fertig, da ich nicht die Zeit hatte, mir einen Anzug anmaßen zu lassen, diesen obligaten schrecklichen Bratenrock nebst Zubehör, ohne welchen man sich bei einem künftigen Schwiegerpapa doch nicht einführen kann. Und schließlich wie ein armer Sünder nach eurem Hause und ließ mich bei dem Herrn Geheimrat melden.

Was führt Sie zu mir lieber Herr Kolf? jagte er ganz leutselig. Sie sehen so feierlich aus. Haben Sie Trauer bekommen? Ganz, wie du mich angerebet hast.

Ich war so verlegen daß ich gleich mit der Tür ins Haus fiel und ihm das ganze Abenteuer gestand.

Dein Papa ist ein famoler Herr, kann ich dir sagen. Jeder Andere, den ein namen- und auslichtsloser Pöbel um die Hand seiner einzigen Tochter gebeten hätte, würde den Betroffenen höflich eingeladen haben, sich die Tür von außen anzusehen. Der Herr Geheimrat ließ mich ruhig antworten, sagte dann, die Sache bei ihm allerdings überraschend, doch wenn er sich überzeuge, daß

Ausübung der Tätigkeit als Betriebsratsmitglied. Bei ganz selbstverständlichen Angelegenheiten, die bei anderen Verwaltungen ohne weiteres erledigt wurden, werden hier die größten Schwierigkeiten bereitet. Die Betriebsräte der anderen Verwaltungen werden sich dafür einsetzen, daß auch die Arbeitervertreter der gräflichen Bergverwaltung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Die Ausführungen aller Anwesenden gaben klar zu erkennen, daß sie gewillt sind, mit den Gewerkschaften zu arbeiten, um das Betriebsratsgesetz weiter auszubauen und zu verbessern. Die sachlich geführte Aussprache hat viel zur weiteren Ausbildung der Betriebsräte beigetragen.

Bauerwit.

Fabrikarbeiterverband Deutschland. Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung. Der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Tagesordnung wird in der Verklammerung bekanntgegeben.

Leobschütz.

Auf der Leobschützer Promenade nahm ein Kriminalbeamter zwei Männer wegen Diebstahlsverdacht fest. Es gelang einem der Verhafteten, zu entfliehen. Der Beamte gab mehrere Schüsse ab und vermochte den Anschießer wieder festzunehmen. Beide wurden dem Gerichtsgefängnis Leobschütz eingeliefert.

Aus Schlesien und dem Reich.

Während des Badens ausgeplündert. Von einem organ Mißgeschick ist, wie aus Lübeck geschrieben wird, in Westerland ein Ehepaar Langerfeldt betroffen worden. Das Ehepaar badete an einer einsamen Stelle und hatte keine Kleidungsstücke mitgenommen und mit allen Wertgegenständen in einer Dinnenvertiefung versteckt. Als die Badenden sich nach einiger Zeit wieder anfeinden wollten, war ihre Garderobe gestohlen worden. Es fielen dem Diebe außer allen Kleidungsstücken zwei goldene Uhren, Brillantringe, ein Portemonnaie mit namhaftem Inhalt und einige Ausweis-papiere in die Hände. Die Verheirateten besitzern ihren Verlust auf etwa 30 000 Mark. Es blieb dem Ehepaar nichts anderes übrig als in Badelaken gehüllt das Polizeiamt aufzuzuchen und den Diebstahl zu melden.

Weitere politische Nachrichten.

Jahresfeier in Paris.

Paris, 1. August. Die sozialistische Partei feierte gestern abend das Andenken von Jaures. Ueber 3000 Personen waren im Zirkus versammelt, um dem Andenken des ehemaligen großen Führers zu huldigen. Die Festrede hielt der Professor an der Sorbonne Levy. Im Namen der englischen Sozialdemokraten sprach Landsborough, der die Gelegenheit wahrnahm, gegen Winston Churchills Artikel in Evening News zu polemisieren. Es wurde auch die Rede Ledebours verlesen, die er selbst gehalten haben würde, wenn die französische Regierung ihm die Einreiselerlaubnis erteilt hätte. Nach Deudre hat die Verkündigung der Kapverweigerung an Ledebour in der Versammlung eine starke Unzufriedenheit hervorgerufen.

Der deutsche Gesandte in Barlach, Graf Oberndorf, der sich mehrere Tage zu Besprechungen in Berlin aufgehalten hat, ist wie ein eigener Drahtbericht der „Schl. Volksztg.“ meldet, gestern auf seinen Posten zurückgekehrt.

Beurteilung durch die Engländer. In Köln wurde ein Wohnungsinhaber vom englischen Kriegsgericht zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sein Dienstmädchen einem englischen Offizier, der die Wohnung besichtigen wollte, den Eintritt

verweigert hat. Das Mädchen hatte lediglich den Weisungen ihrer Herrschaft gehorcht, während deren achtägiger Abwesenheit keinen Fremden in die Wohnung einzulassen, und wurde deshalb von der Verantwortung freigesprochen.

Schießungen im Westermald. In der Umgebung von Gerichbad und Kielbach im Westermald halten die Amerikaner Schießübungen ab. Das zugehörige Hauptquartier wird bereits früher eröffnet. Selters und Megendorf erhalten Einquartierung.

Eine nationale Anleihe in Frankreich. Die Finanzkommission der Pariser Kammer hat die Vorlage auf Ausgabe einer nationalen Anleihe mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

China zur Teilnahme am Völkerbunde eingeladen. China ist eingeladen worden, zu der am 15. November stattfindenden Völkerbundsversammlung Vertreter zu entsenden.

Was aller Welt.

Frauen, die in der Großstadt verschwinden. In den Polizeibureaus der großen Städte werden täglich ein paar Frauen angemeldet, die vermisst werden. In London beträgt die Zahl der vermissten weiblichen Wesen pro Tag ein Duzend, und dabei sind nur die erzählt, von denen die Polizei erfährt, während es unmöglich ist zu sagen, wie viele Frauen täglich überhaupt in dieser Millionenstadt „verschwinden“. Die meisten dieser Frauen sind nicht etwa auf immer verschwunden. Viele von ihnen kehren nach einem oder ein paar Tagen, an Erfahrungen reicher, nach Hause zurück; andere schreiben an die Eltern, man sollte sie nicht suchen und sich nicht um sie sorgen, es ginge ihnen gut. Einige wenige werden in einem Fluß oder Gehölz tot aufgefunden und beschäftigen dann die Polizei, die die Ursache ihres Endes aufzuklären sucht; noch andere verschwinden wirklich und man hört nie wieder etwas von ihnen. Wie der bekannte englische Kriminalist G. T. Grooh berichtet, steht die größte Zahl der vermissten Frauen im Alter von 15 bis 18 Jahren. Dies ist die Zeit, in der die Mädchen dem dunklen Drang nach Abenteuern, Romantik und Geheimnis am leichtesten nachgeben, in dem sie mit dem unklaren Wunsche, „die Welt zu sehen“, Elternhaus und treu sorgende Mächte verlassen, um leichten Herzens die Fahrt ins Unbekannte anzutreten. Gar viele von ihnen machen ihre Erfahrungen um einen furchtbar hohen Preis und kehren, sittlich oder körperlich geschädigt, früher oder später nach Hause zurück. Andere wieder finden nicht mehr die Kraft, den Weg ins geordnete Leben einzuschlagen, gleiten auf dem schlüpfrigen Pfade, den sie betreten, immer tiefer und sinken auf die tiefste Stufe herab. Häufig erzählen solche verschwundene Mädchen, wenn sie wieder nach Hause kommen, lange Geschichten, daß sie betäubt, entführt und verschleppt worden seien. Diese Erzählungen sind fast immer unwahr. Es ist nicht möglich, jemanden in der Großstadt auf so romantische Weise wegzubringen, wie man das im Kino alle Tage sieht. Nur in den wenigsten Fällen erfolgt das Verschwinden der Frauen durch Zwang.

Versammlungskalender.

Beuthen, Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr, bei Ranges Boucree, Gräubenstraße: Parteiverammlung. Wichtige Tagesordnung. Bogutschiß. Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, in Michaels Restaurant Bogutschiß Süd Monatsversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. Kreuzburg. Frauen-Genoss. Lesabend am Mittwoch, den 4. August, abends 8 Uhr, bei Kubis.

Berantworflich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Karl Dionsch, Gleiwitz; für Inserate Friedrich Baruk als Königshütte. Verlag der „Freien Presse“ G. m. b. H., Katowitz. Druck von Neumanns Stadtbuchdruckerei in Gleiwitz. Für den Druck verantwortlich: Friedrich Baruk, Gleiwitz, Schützenstraße 5.

Die Geburt der Venus

Roman von Paul Heyse.

Copyright by S. G. Cottas Buchhandlung Nachflg., Stuttgart und Berlin.

(Nachdruck verboten.)

(39. Fortsetzung.)

Du wirst einen Sinn darin finden, wenn ich dir ein einziges Wort sage: ich komme eben von deinem Papa, dem ich erklärt habe, daß ich sein Fräulein Tochter liebe und sie zu meiner Frau machen möchte.

Wahrhaftig? Hast du das nicht bloß geträumt? Na, Liebster, dann freilich — dann begreife ich, daß du meine stille Teilnahme nötig hast. Aber sage mir, wie hast du nur —

Wie ich mir ein Herz fassen konnte, in diesen bodenlosen Abgrund zu springen? Na, mein Sohn, es gibt im Menschenleben Augenblicke — solche ein Moment war's, als mir bei der letzten Sitzung das Herz über die Zähne sprang und ich mir's entschließen ließ, wie todunglücklich ich sein würde, wenn ich sie nun nicht wieder sähe. Da gab dann ein Wort das andere und du konntest glauben, ich war nicht allein schuld, daß es zu einer richtigen Erklärung kam. Die Here, mit ihrer unschuldigen Neugier, wie's bei so was zugehe — und sie scheint ja auch wirklich mich gern zu haben, Gott weiß, warum — na, so lockte sie mich immer weiter, und sogar Dora Bäumlein zu heißen, schien sie nicht so furchtlich zu finden. Du hättest sie dabei sehen sollen — zum Ansehen, sag' ich dir! — aber ich blieb bei Besinnung, und wie sie dann ging — wir waren zum ersten Mal unter vier Augen, da die Trude nach Haus gerufen worden war — nur das Patzchen hab' ich ihr geküßt — in allen Ehren, aber sie hat mich

hättnisse eindringen. Und so werden Sie begreifen —

Ich begriff nur zu gut Alles, was er mir noch sagen wollte. Ein famoler Herr, dein Papa, der ich stets lieben und verehren werde, obwohl ich keine Aussicht habe, sein Schwiegerohn zu werden. So hat ich ihn für meine Unverschämtheit um Verzeihung, die er mir mit ganz freundlicher Miene gewährte, ja er klopfte mir sogar auf die Schulter und sagte, er denke darum nicht schlechter von mir; Jugend habe bekanntlich keine Tugend, und ich hätte ein schlimmeres Verbrechen begehen können, als seine Tochter lebenswüdig zu finden. Aber wie die Dinge nun einmal ständen —

Siehst du, Marcellus, so stehen nun die Dinge. Ich muß sehen, wie ich darüber wegkomme, eine Weile wird mir's jaueer genug werden. Das Pitterste ist zunächst, dem Wädel zu vermeiden, wie das Wagesüß abgelaufen ist. Und daß ich, damit sie von dem Papa keine falsche Meinung bekommt, die Sache darstellen muß, wie sie ist.

Du wolltest ihr reinen Wein einischen? Kolf stand auf und warf die längst ausgerauchte Zigarette weg.

Das den' ich allerdings zu tun, mein Sohn. Das bin ich dem Papa und mir selber schuldig und nicht zum wenigsten auch ihr. Sie ist kein Bißchen mehr, sondern in dem Alter, wo man einen Zitel vom Vorhang des Lebens aufheben muß, um zu sehen, wie's dahinter aussieht. Wenn's ein bißel anders ist, als sie's nach den landläufigen Jugendschriften sich vorgestellt hat, so wird ihr freilich nicht ganz wohl dabei zu Mute sein, aber es kann ihr nicht eripart werden. Zndessen hoff' ich, zwischen mir und dir bleibt's beim Alten. Lebwohl und auf Wiedersehen!

Und denken Sie, daß es ihr gleichgültig sein werde? Denn natürlich muß sie's doch erfahren.

Ich mußte es verneinen.

Ich gestand, daß ich gedacht hätte, es ihr erst später mitzuteilen, in der stillen Hoffnung, wenn ich sie glücklich machte, würde sie mir diesen jugendlichen Zestritt vielleicht verzeihen, und am Ende — wenn sie sähe, wie viel mir daran läge, das Kind anzuerkennen — ich wäre ja auch entschlossen gewesen, die Mutter zu heiraten.

(Fortsetzung folgt.)

Gleitwitz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Gleitwitz.

Jüngerer Fräulein

versteht in Stenographie und Schreibmaschine für obige Verwaltungsstelle gesucht. Ref. wollen unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und Angabe der Gehaltsansprüche ihre Bewerbungen richten an Georg Bjaia, Gleitwitz, Oberwall- Ecke Turmstraße. Der Antritt kann nach persönlicher Vorstellung sofort erfolgen.

Für den
Deutschen Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Gleitwitz
wird für sofort ein

Geschäftsführer

als 2. Bevollmächtigter gesucht. Derselbe muß organisatorisch und rednerisch befähigt, eine Verbandszugehörigkeit von mindestens 2 Jahren besitzen, mit den Verbandsrichtungen des D. M. A. vertraut sein. Bewerber, die der polnischen Sprache mächtig sind und auf dem Boden der Stuttgarter Generalversammlungsbeschlüsse stehen, wollen unter der Aufschrift „Bewerbung“ ihre Bewerbungsschreiben unter Angabe über ihre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung u. der Dauer ihrer Organisationszugehörigkeit bis 15. August 1920, an Georg Bjaia, Gleitwitz, Oberwall- Ecke Turmstraße richten.

Königshütte.


Hüttenpark Königshütte.

Dienstag, den 3. August:

Großes Konzert

ausgeführt von der Kapelle der staatlichen Berginspektion 1. Direktion: Konzertmeister Schwarzer.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 Mk.

*Zu Bräutigam
von Titzanforst
zwei Töchter
und jung
Frau*



Oberst. Volksbühne.

Direktion: Rudolf Schwanneke
ehemal. Mitgl. d. Stadttheat. Beuthen

Königshütte OS.

2 Gerhard Hauptmann Abende
Dienstag, den 3. August, abends 8 Uhr
im Hotel Graf Reden

Der Biberpelz

Freitag, den 6. August, abends 7 1/2 Uhr
im Graf Reden

Gastspiel des Beuthener Stadttheaters

Die Weber

Schauspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.
70 Mitwirkende. Näheres siehe Plakate.

Hindenburg Donnerstag, den 5. August,
abends 8 Uhr im „Casino“

Hoffnung auf Gegen

Fischertragödie in 4 Akten v. Herm. Hejermann.
Schluß der Spielzeit am 6. August.

Parteigenossen und Freunde unserer Bewegung stärkt unseren Kampfbonds!

Groß sind unsere Aufgaben, die uns bevorstehen!
Kampfbondsmarken sind zum Preise von 1 Mk.
bei allen Parteifunktionären zu haben.

Die Bezirksleitung der G. P. D.
für Oberschlesien.

Genossen leist eure Parteizeitung!

Deutscher Arbeiter-Gängerbund Gau Oberschlesien.

Popal-Konzerte

des
Schubert-Chor, Berlin (200 Sänger).

Zum Vortrage kommen:
Volks- und Freiheitsgesänge.

Die Konzerte finden statt:

Oppers.
Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, Form's
Konzertgarten. (Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Cosel.
Freitag, den 6. August, abends 7 1/2 Uhr, Schützenhausgarten.
(Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Ratibor.
Sonntag, den 7. August, abends 7 1/2 Uhr. Volkshaus
(früher Ley).

Rybnik.
Sonntag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr. Stadtgarten.
(Bei ungünstiger Witterung im Zentral-Hotel).

Katowitz.
Montag, den 9. August, abends 7 1/2 Uhr. Stadttheater.
Laurahütte

Dienstag, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr. „Zwei Linden“.
(Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Friedenshütte.
Mittwoch, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr. Hütten-
Gasthaus 1. (Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Beuthen OS.
Donnerstag, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr. Schützen-
haus. (Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Königshütte.
Freitag, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr. Hotel Graf Reden.
Bismarckhütte.

Sonntag, den 14. August, abends 7 1/2 Uhr. „Eiserner
Kanzler“ (Saal).

Hindenburg OS.
Sonntag, den 15. August, nachmittags 5 Uhr. Kasinopark.
(Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Gleitwitz.
Montag, den 16. August, abends 7 1/2 Uhr. Stadtgarten.
(Bei ungünstiger Witterung im Saale).

Zarnowitz.
Dienstag, den 17. August, abends 8 Uhr. Schützengarten.
(Bei ungünstiger Witterung im „Volkshaus“).

Lublinitz.
Mittwoch, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr. Schützenhaus.
(Bei ungünstiger Witterung im Saale).

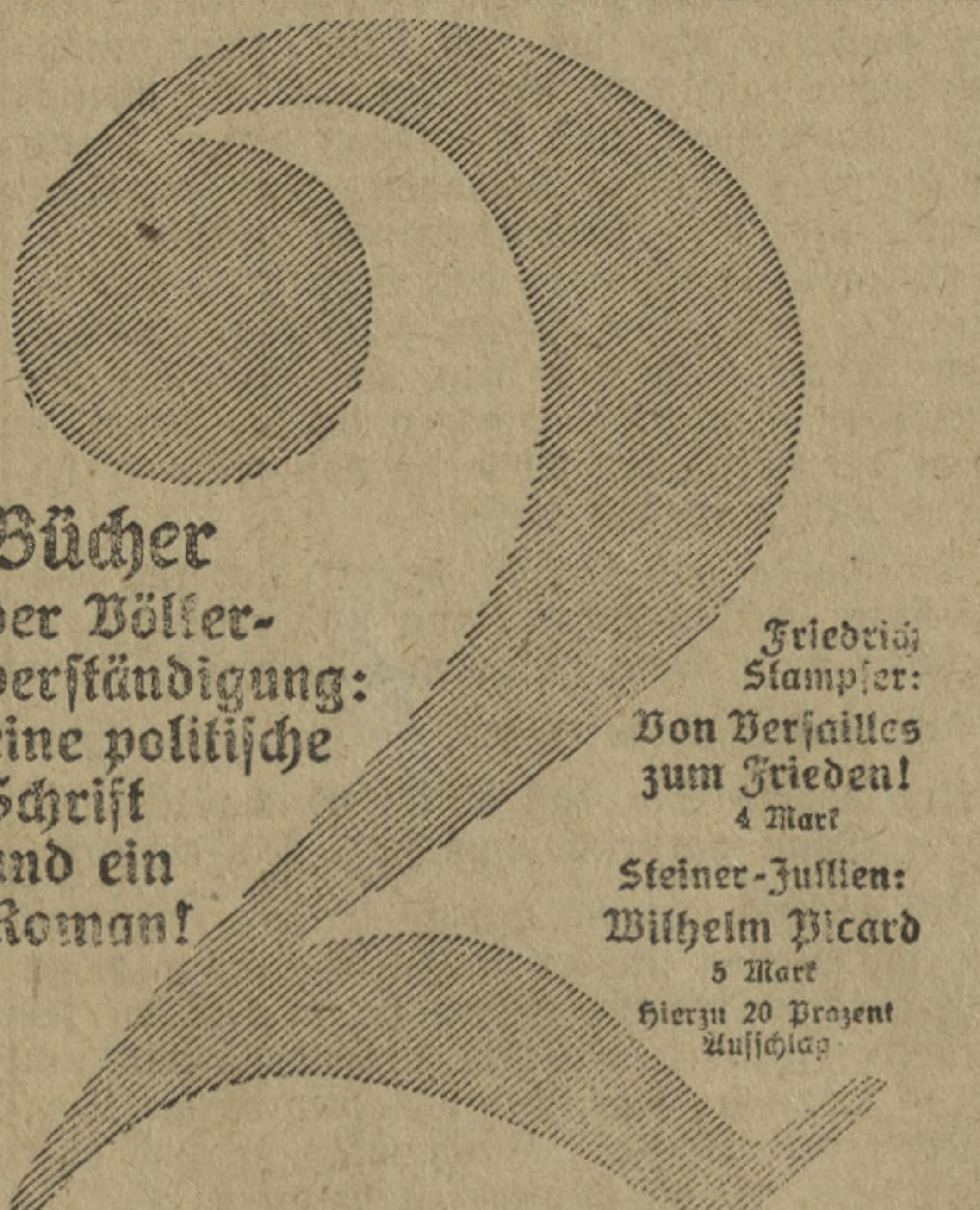
Rosenberg.
Donnerstag, den 19. August, abends 7 Uhr. Schützen-
haus. (Bei ungünstiger Witterung im Hotel Baginski und
Seminar-Turnhalle: Gesteifter Chor).

Kreuzburg.
Freitag, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr. Konzerthaus.

Eintrittspreis 2.— Mark (auschl. Steuer).
Eröffnung der Abendkasse eine Stunde vor Beginn des Konzerts.

Bteilige Auflage-Matrassen

in misch- und echtem Dreß von 60.— Mark an
Spiralmatrassen billigst!
Chaiselongues mit Gobelin- und Blüschbezug
— von 300.— Mark an —
Umbau sofa und Klammöbel
empfiehlt zu soliden Preisen
August Blau, Hindenburg O.-S., Scheffelpark.
Polstermöbel- und Dekorations-Geschäft
Telephon Nr. 1452.



Zu beziehen durch sämtl. Buchhandlung
des „Volkswille“.

KURT HEINIG:
**Die große
Ausrede**
von der
erdolchsten Front
Ordnendes Material von
Dokumenten, haben u. Preise
Anmerkungen zur Abwehr der
widerwärtigen Verleumdung.
Preis 2 Mark und
20% Teuerungszuschlag
Zu beziehen durch
sämtl. Buchhandlg.
des „Volkswille“

Palast-Theater

Neisse
Neustädterstrasse. Tel. 306.

Dienstag, 3. 8. bis
Donnerstag, 5. 8.

Professor Larousse

Phantastisch. Detekt-
Film in 4 lang. Akten.
Detektiv Phantomas
Rolf Loer
Professor Larousse
Erich Kaiser-Tietz.

Ferner
**3000 Mark
Belohnung!**

Detektiv - Lustspiel in
4 Akten, bearbeitet v.
Carl Neisser.
Benedikt Scheps, der
weltberühmte Meister-
Detektiv.

Keine erhöhten
Preise.

Beginn: Wochentags
4. 6 und 8^{Uhr}.
Sonntags 3 Uhr.

Kräutze

jud. Sautauschlag
wird unter Garantie in drei
Tagen mit echter Kräutzeife
„Bura“ geputzt. Geruchlos
und ohne Verunreinigung —
Packungen für Kinder, Er-
wachsene, ältere Fälle.
Blutreinigungstee „Zana“.
Alein echt durch
Gustav Braunert, Neisse
Germania-Druggie
Nina 26. Paradeplatz.

Bevor Sie

umziehen, lassen Sie sich
unsere Broschüren kostenlos
kommen. Wir verkaufen
ferner alle Güter, Umzüge etc.
geg. alle Gefahren in jed. Höhe.

Siebenhaar & Co.
G. m. b. H.
Bahnspedition und
Möbel-Transport,
Hindenburg O.-S.

Zins- und Geschäftshäuser

allerorts kauft und verkauft
Vermittlung von
Hypotheken-Geldern.
Deutsche Hypotheken-
und Immobilienzentrale
Beuthen, Gräumerstr. 10a.
Telephon 1634.

± Jede Frau ±

kann wieder das altbewährte
unschädliche Original französisch
Dr. Blanc's **essence ruz-**
Mittel, Ferrimina li extra
flark, bei Störungen und
Störungen, gegen Nachnahme
bezichen. Diskr. Versand über
allhin durch den allein. Vertr.
E. O. Bieder, Gröschel a. M. 15
Vertr. dem. pharm. Präparate
2) Kraunkfurterstr. 36.



Überschenkel- und
Unterschenkel-
Kunstbeine
in Holz und Leder
Stütz-Apparate,
Schienhülfsen-
apparate, Messing-
apparate u. a. m.
auf Bestellung
Hallmut
Rein & Co.,
Neisse,
Farnuf 190.
Fabrik künstl. Glied-
maßen. Orth. Anstalt
Kaisersstrasse 7 —
Berliner Strasse 29

Hollsteiner Käse,

schmitz, ohne Abfall, Tisfiter
Art in Broden, ca. 10 Pfd.,
pro Pfd. Mk. 6,50 versenden
gegen Nachnahme.
Alländer & Co.,
Rortorf i. S.

Raucher dank!

Das sicherste Mittel, das
Rauchen ganz od. teilweise
einzustellen. Wirkung ver-
bündend. Ausk. umsozt.
Versonhaus Urania
München R. 44, Waltherrstr. 38.

Neu!
Frauenstimmen
Beiträge der sozialdemo-
kratischen Volksvertre-
tinnen zu den Zeitfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Teuerungszuschlag
Zu beziehen durch sämtliche
Buchhandlg. des Volkswille.

Reklame-Preis nur Mark 55.00.



Nur Mark 55.00 kostet echte
deutsche Herren-Ankeruhr
Nr. 51 mit Charnier, Gold-
rand, ca. 30ständig Berl. genau
reguliert. nur Mk. 55.00
Nr. 53 dieselbe Uhr ohne Goldrand
nur Mk. 52.—
Nr. 52 ohne Charnier,
rund. Bügel nur Mk. 49.00
Nr. 59 Damenuhr mit Charnier,
Goldrand. Mk. 50.—
Metalluhren nur Mk. 2.—
Kunstuhren, vernickelt. 3.00
echt verfilbert 6.—
echt vergolbt 12.—
Nr. 40 Armbanduhr, nachts leuchtend,
mit Nieten nur Mk. 88.00
Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 43,
Friedrich-Kranzstrasse 14.

Sommersprossen verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen
unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht,
Hannover O 125, Schliesstach 238

Geschlechtsleiden

veralt u. chron. Weissfluss, Pollutionen, Mannes-
schwäche fanden nachwsl. dauernd Heilung ohne
Quecks. u. Salvs.-Einspritz. ohne Berufs-
störung durch unschädl. Kräuterkuren.
Aufklär. Brosch. nach Dr. med. Herrmann mit vielen
Dankschr. versendet diskr. gegen Eins. v. Mk. 1.—
Heinemann, Hannover, Windthorsstrasse 13.

Frohe Botschaft allen Sicht-, Rheuma-, Nervenleidenden auch Arterienverfaltung

durch eine einfache, neuentdeckte Hauskur welche
die so überaus schädliche Harnsäure in kürzester
Zeit ausscheidet.
Keine Moorbäder! — Rein See!

Zur Jahre 1919 machten über 5500 Leidende
dieser Kur, und davon sind 4700 Dankschreiben
eingegangen. Gegen Einleitung von 60 Pfg. in
Marken unt. Angabe der genauen Adresse erhalten
Sie Aufklärung und den vollen Beweis über
obiges von
Albert Thomas, Sebnitz 250 in Sachs.

Magenleiden!

Bei Magenkrampf Magenflächweiche, Erbrechen, Sodbrennen,
Verstopfung, Fieber ist
Stomachozon
Godasberger arom. Kräuter Magen Elixir
PATENTARZTLICH GEPRÜFT
Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Aufklärungsschrift gratis durch
Stomachozon

Erdal Schuhputz



Der Kenner
spricht,
wie angenehm
putzt sich der Schuh
mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner Q. Merz, Mainz